AUFLAGE WETZLAR 110.000 KURIER Erscheint monatlich

WETZLAR KURIER

ZEITUNG FÜR DEN LAHN-DILL KREIS

Nr. 11 · 45. Jahrgang | Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur | November 2026

Diese Linke ist ein Fall für den Verfassungsschutz!

Urteilen Sie selbst, liebe Leserinnen und Leser

(red). Das Berliner Wahlergebnis war für die SED/Linkspartei mit 25,7 Prozent ohne jeden Zweifel ein Erfolg. Ein Erfolg, der zustande kam, weil über 50 Prozent der Muslime die SED/Linkspartei gewählt haben und sie bei Jugendlichen besonders stark punkten konnte. In Berlin wurde das Wahlalter auf 16 Jahre, im Übrigen auch mit den Stimmen der CDU, heruntergesetzt. Das Ergebnis kann man jetzt besichtigen.

Wer liest Parteiprogramme?

Das grundsätzliche Problem ist, Parteiprogramme, die sehr aufschlussreich sein können, liest in der Regel nur ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung. Im Wahlkampf fokussiert man sich auf einige Schlagworte, häufig genug populistischer Natur. Hinterfragt, wie dies oder jenes zu finanzieren ist, welche Konsequenzen das hat…, wird das in der Regel nicht. Die SED/Linkspartei in Berlin ist ein beredtes Beispiel dafür.

Das wollen die Linken:
– Weniger Polizisten
– Ersetzung durch Sozialarbeiter

Im Wahlprogramm kann man auf den Seiten 289 bis 291 Folgendes lesen: „Die polizeiliche Arbeit muss, wo immer dies möglich ist, durch Soziale Arbeit ersetzt oder zumindest ergänzt werden. Entwickelt wird das mit der abolitionistischen Bewegung, deren Ziel die Abschaffung der Polizei ist.“ Dazu weniger Polizisten, Waffenverbotszonen weg, Taser weg.

Schutzwaffen und Vermummungsverbot abschaffen

In einer Stadt wie Berlin, in der täglich mittlerweile Messerstechereien und Schusswaffen im illegalen Einsatz sind, eine besonders brisante Aussage, wenn es heißt, das Vermummungs- und Schutzwaffenverbot soll vollständig gestrichen werden. Polizeiliche Schmerzgriffe gelten als unvereinbar mit dem Folterverbot. Das heißt, ein renitenter Demonstrant darf nicht mit dem klassischen Schmerzgriff zu Boden gebracht werden. Ein freundliches „du, du“ mit dem erhobenen Zeigefinger müsste offensichtlich nach den Vorstellungen der SED/Linkspartei reichen.

Geheimdienst auflösen, Opposition verbieten

Der Berliner Verfassungsschutz soll als „Geheimdienst aufgelöst“ werden. Informationen soll es nur noch über „öffentlich zugängliche Quellen“ geben. Da freut sich jeder kriminelle Clan, jeder Illegale, jeder Verbrecher. Im Übrigen eine Forderung, die auch vor vielen Jahren einmal von grüner Seite auf der Bundesebene erhoben wurde. Parallel dazu soll in Berlin im Bundesrat ein AfD-Verbotsverfahren beantragt werden.

Solidarität mit verurteilten Gewalttätern

Die Auslieferung sogenannter Aktivisten „wie Maya T.“ wird „konsequent abgelehnt“. Diese Person wurde am 4.2.2026 in Budapest wegen versuchter lebensbedrohender Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu acht Jahren Haft verurteilt, aktuell heruntergesetzt auf sieben Jahre.

Die „Rote Hilfe“ soll ihre Gemeinnützigkeit behalten

Es passt in das Bild der linksextremen SED/Linkspartei, dass die „Rote Hilfe“, im Berliner Verfassungsschutzbericht 2025 mit rund 2650 Mitgliedern als mit Abstand größte linksextremistische Organisation in der Stadt definiert, ihre Gemeinnützigkeit behalten soll. Sie bekämpft die freiheitlich-demokratische Grundordnung, sammelt Spenden, unter anderem für die RAF-Terroristin Daniela Klette, und knüpft ihre finanzielle Zuwendung an die Bedingung, dass die linksextremen Täter nicht mit Polizei und Gerichten kooperieren. Eine solche Vereinigung soll die Gemeinnützigkeit behalten. Eine Schande, dass sie diese überhaupt erst erhalten hat.

Fortsetzung S. 4



Deutsch-Österreichische Gesellschaft Wetzlar e.V.

Samstag, den 21.11., 12 Uhr

DÖG Jahresabschlussessen

Das traditionelle Jahresabschlussessen oder auch das sogenannte „Gansl-Essen“ der Deutsch-Österreichischen-Gesellschaft findet am **Samstag, den 21.11.2026 um 12.00 Uhr im Ernst-Leitz-Hotel** statt.
Näheres S. 3

Samstag, 2. Januar 2027, 19 Uhr

4. Neujahrskonzert der Deutsch-Österreichischen Gesellschaft

Das Neujahrskonzert mit dem Johann-Strauss-Orchester Wiesbaden findet am Samstag, den **2.1.2027** um **19 Uhr** in der Stadthalle Wetzlar statt. Karten-Preis: **25 Euro**
Näheres S. 3

Bitte vormerken:

Wolfgang Bosbach beim Neujahrsempfang in Wetzlar

(red). Auf Einladung des „Vereins zur Förderung der Prävention“ und der Bürgerinitiative „Pro Polizei Wetzlar“ wird im Rahmen des **Neujahrsempfanges am Samstag, den 2.1.2027 um 11 Uhr** in der Stadthalle Wetzlar einer der bekanntesten und profiliertesten Innenpolitiker Deutschlands, **Wolfgang Bosbach** sprechen. Bitte merken Sie sich diese Veranstaltung schon einmal vor.



GIMMLER REISEN

Geschenke vergehen – Erlebnisse bleiben.
Jetzt Reisegutscheine oder Tagesfahrten verschenken!



Tagesfahrten

Wertheim Village — € 49,-
14.11.2026

Wintermärchen im Movie Park — € 86,-
29.11.2026 inkl. Eintritt

Krombacher Brauerei — € 72,-
05.12.2026 inkl. „Krombacher Dreiklang"

Adventskonzert in Oberhof — € 99,-
05.12.2026 inkl. Programm

Sayner Hüttenzauber — € 49,-
11.12.2026 inkl. Eintritt Sayner Hüttenzauber

Romeo & Julia - in Frankfurt — ab € 131,-
18.12.2026 inkl. Eintrittskarte

Weihnachtliche Schiffsrundfahrt Köln — € 75,-
19.12.2026 inkl. Schifffahrt, Kaffee & Waffeln

Die Schöne & das Biest - in Oberhausen — ab € 149,-
29.12.2026 inkl. Eintrittskarte PK 2

Hessisches Staatstheater Wiesbaden* — ab € 91,-
29.12.2026 inkl. Eintrittskarte

WinterWonder LEGOLAND® — € 129,-
04.01.2027 inkl. Eintritt

Der Glöckner von Notre Dame - in Frankfurt — ab € 145,-
09.01.2027 inkl. Eintrittskarte

Hessisches Staatstheater Wiesbaden* — ab € 91,-
09.01.2027 inkl. Eintrittskarte

Odenwälder Marzipanfabrik — € 49,-
21.01.2027 inkl. Programm

DAS PHANTOM DER OPER - in Köln — ab € 165,-
30.01.2027 inkl. Eintrittskarte

Schloss Miel mit Reibekuchen „satt" — € 79,-
05.02.2027 inkl. Programm

Eröffnungsfahrt ins Blaue 2027 — € 115,-
20.02.2027 inkl. Programm

Hessisches Staatstheater Wiesbaden* — ab € 75,-
21.02.2027 inkl. Eintrittskarte

Weinbergnacht in Bad Dürkheim — € 69,-
05.03.2027 inkl. Weinpass

Die AMIGOS - Abschiedstournee 2027 — € 139,-
06.03.2027 inkl. Eintrittskarte PK 2

Frauentagskonzert live mit Andy Borg — € 109,-
08.03.2027 inkl. Eintrittskarte

DAS PHANTOM DER OPER - in Köln — ab € 165,-
17.04.2027 inkl. Eintrittskarte

Mehrtagesreisen

Adventsstimmung in Ostfriesland — ab € 459,-
3 Tage: 27.11. - 29.11.2026

Vorweihnachtszeit in Lübeck — ab € 529,-
4 Tage: 30.11. - 03.12.2026

Berlin — ab € 499,-
4 Tage: 03.12. - 06.12.2026

Advent in Leipzig inkl. Konzert — ab € 449,-
3 Tage: 04.12. - 06.12.2026

Advent in Regensburg — ab € 529,-
3 Tage: 04.12. - 06.12.2026

Musicalstadt Hamburg — ab € 314,-
2 Tage: 06.12. - 07.12.2026

Advent in Sachsen inkl. Konzert — ab € 599,-
4 Tage: 10.12. - 13.12.2026

Adventszauber in Bozen & Meran — ab € 599,-
4 Tage: 10.12. - 13.12.2026

Salzburger Adventssingen — ab € 709,-
4 Tage: 11.12. - 14.12.2026

Advent im Harz — ab € 469,-
3 Tage: 11.12. - 13.12.2026

Adventszeit in Flandern — ab € 699,-
4 Tage: 13.12. - 16.12.2026

Advent im Erzgebirge — ab € 599,-
4 Tage: 13.12. - 16.12.2026

Weihnachten am Gardasee — ab € 869,-
6 Tage: 22.12. - 27.12.2026

Weihnachten im Pitztal — ab € 999,-
5 Tage: 22.12. - 26.12.2026

Weihnachten in Oberbayern — ab € 899,-
5 Tage: 23.12. - 27.12.2026

Füssen — ab € 1.039,-
5 Tage: 23.12. - 27.12.2026

Weihnachten in Lübeck — ab € 699,-
4 Tage: 23.12. - 26.12.2026

Weihnachten in Karlsbad — ab € 829,-
5 Tage: 23.12. - 27.12.2026

Silvester am Gardasee — ab € 1.079,-
7 Tage: 27.12. - 02.01.2027

Silvester auf der Rhône — ab € 1.399,-
5 Tage: 28.12. - 01.01.2027

Allgäu — ab € 709,-
4 Tage: 29.12. - 01.01.2027

Silvester-Gala in der Hauptstadt — ab € 609,-
4 Tage: 30.12. - 02.01.2027

Hamburg - Silvester & Konzert — ab € 1.199,-
4 Tage: 30.12. - 02.01.2027

Silvester in Ulm — ab € 839,-
4 Tage: 30.12 - 02.01.2027

Silvester in Magdeburg — ab € 799,-
4 Tage: 30.12 - 02.01.2027

André Rieu in Amsterdam — ab € 525,-
3 Tage: 08.01. - 10.01.2027

Grüne Woche in Berlin — ab € 299,-
3 Tage: 15.01. - 17.01.2027

Hochtal Wildschönau — ab € 939,-
7 Tage: 17.01. - 23.01.2027

Grüne Woche in Berlin — ab € 299,-
3 Tage: 22.01. - 24.01.2027

Bremen Tattoo — ab € 469,-
3 Tage: 22.01. - 24.01.2027

Gerne möchten wir Sie auf unsere Weihnachtsmärkte hinweisen.
Wir empfehlen aufgrund der hohen Nachfrage eine frühzeitige Buchung.

Folgen Sie uns gerne auf Facebook und Instagram

Druckfehler sind vorbehalten.
Preise gelten pro Person im Doppelzimmer
*Informationen zu Vorstellungen finden Sie auf unserer Website.

GIMMLER REISEN

Beratung & Buchung:
Gimmler Reisen GmbH
35576 Wetzlar, Bannstraße 1
oder in den bekannten Agenturen

Hotline 06441 / 90100
info@gimmler-reisen.de
www.gimmler-reisen.de

Vorverkauf gestartet

Ein herrliches, beschwingtes Neujahrskonzert wartet auf Sie

(red). Zum vierten Mal lädt die Deutsch-Österreichische Gesellschaft zum Neujahrskonzert wie immer am ersten Samstag des neuen Jahres in die Stadthalle Wetzlar ein. Im Jahr 2027 ist das der **2. Januar, Beginn 19 Uhr, Einlass ab 18 Uhr, freie Platzwahl.** Ein Neujahrskonzert mit dem Johann-Strauss-Orchester Wiesbaden, professionellen Musikern, die sich alle den herrlichen Melodien von Johann Strauss und seinen Zeitgenossen verschrieben haben. Ein beschwingtes Konzert mit Walzer, Polka, Märschen und vielem anderen mehr, moderiert von Claudia Grundmann, der charmanten Schweizerin, die gekonnt durch das Programm führen wird. Dauer inklusive Pause ca. zwei Stunden,



Johann-Strauss-Orchester Wiesbaden

Karten zum Preis von **25 Euro**, dem gleichen Preis wie in den letzten Jahren, gibt es an folgenden

Vorverkaufsstellen:
Café und Bistro am Kornmarkt in Herborn, Gertrudis-Klinik in Leun-Biskirchen, Firma Gimmler-Reisen in der Bannstraße 1 in Wetzlar und bei der Firma Möbel-Schmidt in der Hintergasse 13 in Wetzlar.

Sie wollen Ihr Wohnmobil verkaufen?
MOTORHOME DEPOT.DE
Mein Wohnmobilmakler

- den besten Preis erzielen
- kein Verkauf – keine Gebühr
- sicherer Zahlungsprozess
- einfache Abwicklung
- Wir machen die Arbeit!

Sprechen Sie mich gerne an:
Frank Haubach 02772 5813571
www.MotorhomeDepot.de

Erstmals in der neuen Musikschule

Traditionelles Weihnachtsliedersingen der Wetzlarer Partnerschaftsgesellschaften

(red). Wie seit vielen Jahren üblich, laden traditionell alle Wetzlarer Partnerschaftsgesellschaften zum Weihnachtsliedersingen ein. Jede Gesellschaft steuert zwei landestypische Weihnachtslieder bei, die bei entsprechender Textvorlage und musikalischer Begleitung von Holger Hedrich am Piano gemeinsam gesungen werden. Im Anschluss können Sie kostenlos landestypische weihnachtliche Spezialitäten verkosten. Der Eintritt ist frei. Um eine kleine Spende wird gebeten.
In diesem Jahr findet das Weihnachtsliedersingen am **Samstag, den 5.12. um 17 Uhr im „Rittal Konzertsaal"** der Musikschule/ Mittlerer Domhof, Blaunonnengasse (3. OG - Fahrstuhl vorhanden, statt. Einlass ab 16.30 Uhr. Die organisatorische Verantwortung in diesem Jahr hat die Deutsch-Österreichische Gesellschaft.



Sonntag, 29.11. von 15 – 17 Uhr

Pro Polizei Wetzlar - Weihnachtsfeier

(red). Zur traditionellen Weihnachtsfeier am 1. Advent lädt die Bürgerinitiative Pro Polizei Wetzlar gemeinsam mit dem „Verein zur Förderung der Prävention im Lahn-Dill-Kreis" am **Sonntag, den 29.11. von 15.00 bis 17.00 Uhr** in den **„Tannenhof"** (Bürgerhaus) Steindorf ein. Hauptkommissar Christoph Büttner von der Bundespolizei hält einen Kurzvortrag zum Thema **„Sicherheit an Bahnhöfen und in Zügen und was man zur eigenen Erhöhung der Sicherheit beitragen kann"**. Umrahmt wird das Ganze wieder vom Bläserensemble der Freiherr-vom-Stein-Schule unter Leitung von Martina Pietzsch. Der Eintritt ist frei. Zu Kaffee und Kuchen sind Sie eingeladen. Sonstige Getränke bitten wir selbst zu bezahlen.
Aus organisatorischen Gründen bitten wir um **Anmeldung** bis zum 23.11. entweder unter: 06441/444120 (AB) oder per E-Mail info@propolizei-wetzlar.de bzw. per Fax 06441/76612.



Samstag, den 21.11., 12 Uhr

DÖG Jahresabschlussessen

(red).Das traditionelle Jahresabschlussessen oder auch das sogenannte „Gansl-Essen" der Deutsch-Österreichischen Gesellschaft findet am **Samstag, den 21.11.2026 um 12.00 Uhr im Ernst-Leitz-Hotel** statt. Zu Gast ist der neu gewählte Präsident der Auslandsösterreicher von Deutschland, Gerald Sonnleitner aus Düsseldorf. Nach seinem kleinen Vortrag, in dem er ein klein wenig über diese Organisation berichten wird, werden wir gemeinsam Essen.



Es gibt ein Büfett mit verschiedenen Salaten, Gänsekeule, Apfelrotkraut, Kartoffelklöße, Maronen, Rinderrouladen, Rahmwirsing, Semmelknödel zum Preis von 29,90 Euro.

Einer alten Tradition folgend, erhält an diesem Jahresabschlussessen jedes DÖG-Mitglied über unseren Schatzmeister 15 Euro für dieses qualitativ hochwertige Büfett beigesteuert. Getränke zahlt bitte jeder selbst.

Aus **organisatorischen Gründen** bitten wir um **Anmeldung bis spätestens 13.11.2026** per E-Mail info@doeg-wetzlar.de, Fax 06441/782814, Telefon 06441/782812 (AB).

Wir machen Ihren Trafo Fit!

- Errichtung und Instandhaltung von Starkstromanlagen
- Transformatoren und Service
- Niederspannungsverteilungen bis 4000 A
- Mittelspannungsschaltanlagen bis 36 kV

Geier Starkstromtechnik GmbH
www.trafo-fit.de
Geier Starkstromtechnik GmbH
35688 Dillenburg-Oberscheld • Tel.: 02771 / 26532-0

Ihr zuverlässiger Partner für Haus- und Gartenservice
- Gartenpflege
- Winterdienst
- Gebäudereinigung
- Hausmeisterservice

06441 47 341 / 0171 3670569
info@hausundgruen.de
GHG Gesellschaft für Haus und Grün mbH









Diese Linke ist ein Fall für den Verfassungsschutz!

Urteilen Sie selbst, liebe Leserinnen und Leser

Fortsetzung von Seite 1

Gefängnis soll die absolute Ausnahme sein

Wörtlich heißt es im Wahlprogramm: „Freiheitsstrafen müssen deshalb die absolute Ausnahme darstellen." Mittel zur Täterüberwachung wie die Elektronische Fußfessel werden abgelehnt, und Häftlinge sollen obendrein noch Mindestlohn erhalten. Da freuen sich doch die Opfer.

Wohnung ein Jahr besetzen, dann dauerhaftes Wohnrecht

Wer aktuell leerstehenden Wohnraum rechtswidrig besetzt, der soll davon profitieren, denn dies führt „zu einem dauerhaften Wohnrecht". Einfach nur grundgesetzwidrig.

Berlin wird Eldorado für Flüchtlinge

Rechtswidrig will Berlin unter SED/Linksparteiführung seine eigene Einwanderungspolitik machen. Es heißt im Wahlprogramm wörtlich: „Daher wollen wir Landesaufnahmeprogramme insbesondere für Menschen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, dem Sudan sowie Gaza und dem Libanon aufsetzen." Damit die Anreise nicht allzu beschwerlich ist, sollen sogenannte Flüchtlinge, in der Regel Ausnutzer des Sozialsystems, die Möglichkeit erhalten, „über einen solchen sicheren Fluchtweg nach Berlin einzureisen".

Abschiebung ist ein Fremdwort

Wörtlich heißt es im Wahlprogramm: „Jede Abschiebung ist eine Abschiebung zu viel." Darüber hinaus will man allen das Wahlrecht nach fünf Jahren auch ohne deutschen Pass ermöglichen, und Menschen ohne Papiere erhalten einen sogenannten Berliner Stadtausweis.

Einheitsschule

Berlin ist in der Vergangenheit nicht unbedingt durch besondere Leistungen im Bereich der Bildungsstudien aufgefallen. Im Gegenteil, immer am Ende der Tabelle. Dies soll jetzt behoben werden dadurch, dass es keine Ziffernoten bis Klasse 9 mehr gibt. Hausaufgaben sind verpönt. Sitzenbleiben auch am Gymnasium soll abgeschafft werden. Und wenn es eben zu wenig Lehrer gibt, wird ganz einfach der Stundenplan gekürzt. So kann man Statistik manipulieren. Es gibt dann keinen Unterrichtsausfall. Ein Beitrag zur Verblödung Berliner Jugendlicher.

Kein SUV und kein Eigenheim

Es soll, geht es nach dem Willen der SED/Linkspartei, eine Bundesratsinitiative gestartet werden, wonach SUV-Neuzulassungen zu verhindern sind, kein Baurecht mehr für Ein- und Zweifamilienhäuser und Verstaatlichung der Berliner Wohnungsbaukonzerne.

Horrorprogramm

Wer all dies fordert, hat mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes nichts, aber absolut nichts mehr im Sinn. Er ist ein Fall für den Verfassungsschutz und ein Fall für ein Verbotsverfahren, denn die Linke ist in Teilen schlicht verfassungswidrig. Antisemitisch, nah dran an Clan-Kriminalität, von Enteignungsorgien schwafelnd, Klassenkampf und Hetze gegen die vermeintlich Reichen, Überwindung der sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Abkehr von Privateigentum und vieles andere mehr.

Das sind die Koalitionspartner von SPD und Grünen

Man muss am politischen Verstand der CDU zweifeln, dass sie den Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus in Form der SED/Linkspartei nicht knallhart und glasklar führt. Wie selbstverständlich wird akzeptiert, dass Sozialdemokraten und Grüne nicht nur in Berlin, sondern auch beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, naturgemäß Koalitionsgespräche führen. Aber da sich die CDU in der Brandmauer selbst gefangen hat, ist sie auf Kommunistenstimmen in Sachsen oder auch in Thüringen de facto angewiesen.

Blut an den Händen der SED/Linkspartei

Alle, die mit dieser sozialistisch-kommunistischen Kaderpartei gemeinsame Sache machen, in welcher Form auch immer, sollten sich vor Augen führen, dass die Linkspartei an Eides statt versichert hat, rechtsidentisch mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zu sein. Jener Partei, die für über 1000 Mauertote stand, für Stacheldraht, Schießbefehl, Folter, Mord, 90.000 Informelle Mitarbeiter, 35.000 hauptamtliche Stasi-Schergen, für Bespitzelung, für das Auseinanderreißen von Familien. Alles zu besichtigen in den Gedenkstätten, ob in Bautzen, in Torgau oder Berlin-Hohenschönhausen, um nur drei Beispiele zu nennen.

„Rotlackierte Faschisten"

Es war dies der legendäre Ausspruch des früheren SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Schumacher, der an die Adresse von KPD und der späteren Führung der SED gerichtet sagte, dass sie nichts anderes als „rotlackierte Faschisten" seien. Diesem zeitlosen Zitat ist nichts hinzuzufügen. Es hat bis heute seine Gültigkeit.

An die Genossen in der SED/Linkspartei

Die Sprache der Stasi

(red). Der sogenannte DDR-Staatssicherheitsdienst, im Volksmund Stasi oder auch „VEB Horch und Guck" genannt, hat es meisterhaft verstanden, das berufsmäßige Lügen, Täuschen und Betrügen zu verstecken. Es war dies eine eigene codierte Sprache für Insider. Und jeder Stasi-Spitzel, ob hauptberuflich oder als „IM", also Informeller Mitarbeiter, kannte diese Kürzel, die nachzulesen sind im „Wörterbuch der politisch operativen Arbeit", das 427 Buchseiten umfasst.

Es ist Dr. Hubertus Knabe, Historiker und Publizist und einer der führenden Kenner der deutsch-deutschen Geschichte, zu verdanken, dass dies jetzt in den Sprachnachrichten Nummer 111/2026 in Auszügen veröffentlicht wurde. Knabe war im Übrigen der Gründungsdirektor der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen, da wo die „Hohen" „schön" „hausen". Bis heute Stasi-Hochburg. Es gab nicht nur den IM, also den „einfachen" informellen Mitarbeiter, den Stasi-Spitzel. Es gab unter anderem auch den „FIM", also den Führungs-IM, oder aber den „HIM", das war



derjenige, der hauptamtlich für die Stasi arbeitete. Das Abhören eines Telefons hieß „A-Maßnahme", die Verwanzung einer Wohnung „B-Maßnahme" und die visuelle Überwachung eines Raumes „D-Maßnahme".

„Kompromat" war die Abkürzung für kompromittierendes Material, mit dem man Menschen unter Druck gesetzt hat. „Aufklären" bedeutete keine Aufklärung über Sexualität, sondern eine Person oder eine Einrichtung auszuforschen. Der Begriff „Zersetzung" bedeutete nicht die Zerlegung einer chemischen Verbindung, sondern die Eliminierung von Widerstand durch geheimen Psychoterror, und eine „Legende" hatte nichts mit einer Erzählung zu tun, sondern bedeutete die Vortäuschung einer falschen Identität einer Person. Wenn man jemanden aushorchen wollte, nannte man das „Abschöpfen". Wenn man jemanden festnahm, hieß das „Zuführen". Wie das Zuführen in der Praxis funktionierte, kann man im Übrigen an der Schleuse in Hohenschönhausen in einem eigens dafür umgebauten scheinbaren Lebensmitteltransporter hautnah besichtigen. Ein Vernehmer im Stasi-Gefängnis war der „Untersuchungsführer" und eine Gefängniszelle hieß „Verwahrraum".

Schild und Schwert der SED-Partei

Sich selbst bezeichnete der Staatssicherheitsdienst als Schild- und Schwert der Partei. Ziel war, wie üblich in Diktaturen, die Zerschlagung, Liquidierung, Vernichtung, Ausschaltung und Unschädlichmachung des Gegners. Jedes, aber wirklich jedes Mittel war recht bis hin zum Schießbefehl an der Mauer, der ca. 1000 Tote zu verzeichnen hatte. Kritiker wurden ruck zuck Parteifeinde, Kritiker waren immer Hetzer, Faschisten und Nazis. Das kommt einem irgendwie bekannt vor. Sprache als wirksames Herrschaftsinstrument.

IM WETZLAR-KURIER INSERIEREN
Das spricht für uns:
- Hohe Auflage
- günstige Preise
- alle Anzeigen im Redaktionsteil
- 110000 Exemplare

-Anzeige-

Aus der Arbeit der CDU Fraktion im Stadtparlament Wetzlar

Premiere beim Gallusmarkt: Hundertmark sticht erstmals das Fass an

Der diesjährige Gallusmarkt in Wetzlar begann mit einer Premiere: Bürgermeister Michael Hundertmark führte erstmals den traditionellen Fassbieranstich durch und eröffnete damit eines der beliebtesten Volksfeste der Stadt. Zahlreiche Mitglieder der CDU-Fraktionen aus Stadtverordnetenversammlung und Kreistag waren dabei und erlebten hautnah, wie das Bier nach nur zwei Schlägen floss.

Mit bunten Marktständen, Fahrgeschäften und kulinarischen Angeboten lockte der Gallusmarkt wieder viele Besucher in die Innenstadt und auf die Lahninsel. Die CDU Wetzlar dankt allen Schaustellern, Händlern, Organisatoren und Helfern, die dieses Stück gelebte Tradition jedes Jahr möglich machen.





Katja Groß: Zuhören, anpacken, vernetzen

Neue Stadträtin setzt auf Bürgernähe Austausch und konkrete Projekte

Seit dem 1. Oktober ist Katja Groß (CDU) hauptamtliche Stadträtin der Stadt Wetzlar. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sie am 24. September mit 38 von 57 Stimmen gewählt. Sie folgt auf Andrea Biermann und leitet das Dezernat IV mit den Bereichen Umwelt und Naturschutz, Mobilität, Stadtreinigung, Wasserversorgung und Stadtbetriebsamt.



In den ersten Wochen hat Groß sich intensiv in ihr Dezernat eingearbeitet. Bei Besuchen im Stadtbetriebsamt und in der Friedhofsverwaltung nahm sie sich Zeit für Gespräche und sammelte Verbesserungsvorschläge. Mit allen Amtsleitern hat sie feste wöchentliche Gesprächstermine vereinbart. Dazu kommen die Magistratssitzungen, die Haushaltsberatungen und die Leitung der Betriebskommission der Stadtreinigung.

Auch inhaltlich ist einiges in Bewegung: Die Anregungen der Bürger zum Lärmschutzkonzept wurden für die weitere Bearbeitung aufbereitet. Gemeinsam mit dem Lions Club wurde am Bismarckturm eine Sammelbox für leere Pizzakartons aufgestellt, um die Umgebung des Wahrzeichens sauber zu halten. Zudem unterzeichnete Groß mit Oberbürgermeister Manfred Wagner den neuen Verkehrsvertrag mit den Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetrieben. Gimmler bleibt damit für zehn weitere Jahre für den Stadtbusverkehr zuständig, der Vertrag soll im August 2027 in Kraft treten. Außerdem besuchte Groß ein Tagesseminar zur Renaturierung der Lahn im Rahmen von „LiLa Living Lahn“ sowie ein zweitägiges Führungsseminar für Amtsleiter.

„Es gibt viel zu tun, die neuen Aufgaben sind sehr interessant und machen großen Spaß“, sagt Groß über ihre ersten Wochen im Amt.



Für Anregungen und Hinweise aus der Bevölkerung habe sie dabei stets ein offenes Ohr.

Apfelmarkt lockte zahlreiche Besucher

Der diesjährige Apfelmarkt auf dem Festplatz Finsterloh bot wieder eine vielfältige Mischung aus regionalen Produkten, traditionellem Handwerk und kulinarischen Spezialitäten. Gemeinsam mit dem Landwirtschaftlichen Verein Lahn-Dill von 1832 e. V. wurde die Veranstaltung mit rund 70 Ständen zu einem Treffpunkt für Jung und Alt.



Zu den Höhepunkten zählten das Schau-Brauen, die historische Kartoffeldämpfmaschine und das Landwirtschaftliche Museum. Auch Äpfel aus dem eigenen Garten konnten vor Ort zu naturtrübem Saft verarbeitet werden. Der Apfelmarkt zeigte eindrucksvoll, wie lebendig regionale Tradition und ehrenamtliches Engagement in Wetzlar sind.

Warum der richtige Angebotspreis entscheidend ist

Wer seine Immobilie verkaufen möchte, will verständlicherweise einen möglichst guten Preis erzielen. Deshalb erscheint es zunächst logisch, mit einem höheren Angebotspreis zu starten: „Runtergehen kann man immer noch.“ Doch genau diese Strategie kann dazu führen, dass sich die Vermarktung unnötig verlängert – und am Ende sogar ein niedrigerer Verkaufspreis erzielt wird.

Die ersten Wochen sind entscheidend

Eine neu angebotene Immobilie erhält in den ersten Wochen meist die größte Aufmerksamkeit. Kaufinteressenten beobachten den Markt genau und vergleichen Lage, Zustand, Ausstattung und Preis mit anderen Angeboten. Ist der Angebotspreis zu hoch, bleiben Anfragen und Besichtigungen häufig aus.

Das Problem: Wird der Preis erst nach einigen Wochen oder Monaten reduziert, ist das Objekt für viele Interessenten nicht mehr neu. Es entsteht schnell der Eindruck, mit der Immobilie stimme etwas nicht oder sie sei schwer verkäuflich. Mehrere kleine Preisreduzierungen können diesen Effekt zusätzlich verstärken.

Marktwert und Wunschpreis sind nicht dasselbe

Der Wert einer Immobilie wird nicht allein durch Wohnfläche und Grundstücksgröße bestimmt. Mikrolage, Baujahr, Zustand, Modernisierungen, energetische Qualität und die aktuelle Nachfrage spielen eine wichtige Rolle. Auch tatsächlich erzielte Kaufpreise vergleichbarer Immobilien sind aussagekräftiger als die Angebotspreise, die man auf Immobilienportalen findet.

Ein guter Angebotspreis sollte deshalb weder möglichst hoch noch möglichst niedrig angesetzt werden. Entscheidend ist, einen Preis zu wählen, der zum aktuellen Markt passt, ausreichend Nachfrage erzeugt und gleichzeitig das Potenzial der Immobilie ausschöpft.

Gute Vorbereitung zahlt sich aus

Vor dem Verkaufsstart lohnt sich deshalb eine fundierte Wertermittlung. Dabei sollte nicht nur der rechnerische Immobilienwert betrachtet werden. Ebenso wichtig ist die Frage, welcher Angebotspreis unter den aktuellen Marktbedingungen die richtige Verkaufsstrategie ermöglicht.

Denn am Ende zählt nicht der Preis, mit dem eine Immobilie angeboten wurde – sondern der Preis, der beim Notar tatsächlich vereinbart wird.

Sie möchten wissen, welchen Preis Ihre Immobilie aktuell am Markt erzielen kann?

Wir bewerten Ihre Immobilie und entwickeln gemeinsam mit Ihnen eine passende Verkaufsstrategie. Eine erste Beratung für Eigentümer ist kostenfrei, wir freuen uns auf Ihren Anruf unter 06441 / 44 61 31.

Ihr Martin Bähringer, Immobiliensachverständiger













Verbaler Ausfall der Linken Köktürk

„F... die ... Medien und jeden, der anderer Meinung ist als wir“

(red). Das Niveau der Auseinandersetzungen im Deutschen Bundestag muss jedem Menschen mit gesundem Menschenverstand zunehmend Sorgen bereiten. Es ist partiell Gossensprache, hat mit Niveau, Verantwortungsethik und Stil nichts mehr zu tun. Vor kurzem hat die Abgeordnete von der SED/Linkspartei, Cansin Köktürk, im Bundestag mit sehr „sachlichen“ Zwischenrufen wie „rassistische Scheiße“ für Schlagzeilen gesorgt. Sie kassierte zwei Ordnungsrufe und 2000 Euro Geldstrafe. Jetzt hat sie auf ihrem Instagram Account staatstragend nachgelegt: „F... den genozidalen Apartheidstaat Israel.“

Und in der gleichen sachlichen Argumentation geht es dann weiter: „F... die Mainstream-Medien und jeden, der anderer Meinung ist als wir.“ Und wie es sich für eine deutsche Bundestagsabgeordnete gehört, hat sie sich dann mit den Worten „As-Salamu Alaykum“ verabschiedet, was so viel bedeutet wie „Friede sei mit dir“. Man kann im Leben immer anderer Auffassung sein. Man kann andere Positionen für inhaltlich unerträglich halten.

Aber ein Abgeordneter, egal welcher Partei, sollte eine Vorbildfunktion haben. Es mag sein, dass diese Gossensprache bei linken Wählern ankommt. Es ist aber nur peinlich, abstoßend und primitiv.

Linker Antisemitismus

Es zeigt einmal mehr, wie ausgeprägt Antisemitismus bei den Linken ist, die mit Antisemitismus und Terrorhuldigung der Hamas zumindest teilweise in Berlin auf Stimmenfang gegangen sind. Eine Terrororganisation, die in Israel am 7. Oktober 2023 Menschen kaltblütig ermordet, gefoltert, vergewaltigt und bis zu zwei Jahre gefangen gehalten hat. Alles im Namen Allahs, alles im Namen des Islam, dessen Übersetzung Unterwerfung bedeutet und nicht Friede, wie so manche Naive in der woken Szene uns weismachen wollen.

Technische Universität München mit Hammerergebnis

E-Autos NICHT klimaneutral

(red). Es war ein Hammer, als die Technische Universität München (TUM), die im globalen Ranking innerhalb der EU zu den besten europaweit gehört, kürzlich in Form einer Pressekonferenz Studien vorgelegt hat, wonach E-Autos nicht CO2-frei und damit auch nicht klimaneutral sind. Ein diametraler Widerspruch zu der EU-Klimaverordnung 2019/631, die davon ausgeht, dass E-Autos klimaneutral sind, denn darauf fußen ja letzten Endes auch die CO2-Ziele. Die EU wird allein aufgrund dieser Tatsache ihr Ziel, die Netto-Treibhaus-Emission bis 2030 um mindestens 55 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, massiv verfehlen, denn auch in vier Jahren werden rund 80 Prozent der Pkw aus Verbrennern bestehen.

Wie kommt die TUM zu einem solchen Ergebnis?

Nach bisheriger EU-Regulatorik werden die CO2-Emissionen ausschließlich in den Abgasen und damit am Auspuff gemessen. Wissenschaftlich nicht haltbar, denn diese Methode berücksichtigt nicht die CO2-Emissionen, die bei der Beschaffung von Rohstoffen, der Produktion, in Betrieb und beim Recycling von E-Autos entstehen. Eine Rolle für den fossilen Fußabdruck eines Autos spiele außerdem, wie viele Materialien am Ende der Lebenszeit eines Autos zurückgewonnen werden können.

Vorteil nur 41 Prozent

Wegen dieser rund 40 Prozent, die für die Klimaveränderung im weltweiten Maßstab völlig unerheblich sind, ruinieren wir in Deutschland unsere Automobilindustrie.

Verbrennerverbot muss weg

Axel Bojanowski hat in einem Kommentar in der „Welt“ zu Recht darauf hingewiesen, dass es schon irritiere, dass Deutschland im Zuge seines Klimanationalismus anderen Ländern den angestammten Markt seiner Schlüsselindustrie, der Automobilindustrie, kampflos überlassen wolle. Laut einer Studie des Fraunhofer Instituts könnten bis 2040 in ganz Europa rund 726.000 von 1,6 Millionen Arbeitsplätzen in der Autoindustrie wegfallen. Der größte Teil der Jobs bis 2035, wobei das ja nur die eine Hälfte der Wahrheit ist. In früheren Zeiten ging man davon aus, dass an einem Automobilarbeitsplatz bis zu sieben weitere Arbeitsplätze hängen, was Material angeht, Technik, Zulieferbetriebe und vieles andere mehr.

Es sind gigantische Arbeitsplatzzahlen, die auf dem Spiel stehen. Und deshalb hat Jens Gieseke, der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, zu Recht ausgeführt, dass die ideologische Fixierung auf E-Autos ein Fehler war. Jetzt gebe es die einmalige Chance, diesen Fehler zu korrigieren. Wer ein E-Auto fahren möchte, möge dies bitte tun. Aber eine weltweit führende deutsche Automobiltechnologie zu zerstören, kann man nur als Ausdruck von Irrsinn bezeichnen.

Für mehr Sicherheit

Zugangskontrollen für den Frankfurter Hauptbahnhof?

(red). Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) hat sich kürzlich öffentlich dafür ausgesprochen, ernstlich zu prüfen, inwieweit an Bahnhöfen Zugangskontrollen durchgeführt werden könnten, so dass nur noch derjenige auf den Bahnsteig oder in den Bahnhof kommen kann, der eine gültige Fahrkarte hat. So etwas gibt es in anderen Ländern, auch teilweise bei U-Bahnen, durchaus.

Natürlich ein kostenintensiver Aspekt, und viele Detailfragen sind noch völlig offen. Hessens Verkehrsminister Mansoori (SPD) hat daher vorgeschlagen, im Frankfurter Hauptbahnhof Zugangskontrollen auszuprobieren.

Warum das Ganze?

Es geht um das Thema Sicherheit in Bahnhöfen und rund um Bahnhöfe ebenso wie um das Thema Sicherheit in Zügen. Es ist leider so, dass sich rund um die Bahnhöfe Menschen herumtreiben, die kriminell sind, Illegale, Drogenabhängige, Trickdiebe und andere mehr, die vielen „normalen“ Menschen das Gefühl der Unsicherheit und des Unwohlseins geben. Von daher sind solche Überlegungen berechtigt. Die Praxis in der Umsetzung dürfte nicht einfach sein.

Aber der wahre Grund liegt unter anderem in einer völlig verfehlten Migrationspolitik über viele Jahre hinweg, liegt damit an veränderten Sozialstrukturen und an innerer Einstellung zum Thema Recht und Ordnung und zur nicht ausgebildeten Fähigkeit zwischen Dein und Mein zu unterscheiden.

Ältere Menschen erinnern sich in diesem Kontext gerne noch an die Zeiten der 60er, 70er, 80er Jahre, wo solche Probleme, von Einzelfällen abgesehen, kein Thema waren. Eine Entwicklung, die Anlass zur Sorge gibt.

Es reicht, liebe EU!

13 EU-Staaten fordern drastischen Bürokratieabbau

(red). Ursprünglich hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre jetzige Regentschaft unter den Oberbegriff des Bürokratieabbaus gestellt. Doch davon ist wenig geblieben. In ihrer jährlichen Rede zur Lage der EU Ende September war das Thema Bürokratieabbau eigentlich keines. Stattdessen sprach sie sage und schreibe 21 neue Initiativen für den Bereich Banken, Versicherungen, Wasserknappheit, Hitze, Emissionen und anderes mehr an. Schweißperlen auf der Stirn von 30 Millionen Unternehmern in Europa und 450 Millionen Bürgern, denen die Regulierungswut aus Brüssel langsam auf die Nerven geht, und zwar völlig zu Recht.

2025
123 Verordnungen

1000 Rechtsakte
Die aufgeblähte und parlamentarisch nicht legitimierte EU-Kommission hat im Jahr 2025 sage und schreibe 123 Richtlinien und Verordnungen auf den Weg gebracht und rund 1000 Rechtsakte beschlossen, dabei aber nur 25 sogenannte Folgeabschätzungen vorgelegt. Normalerweise ist es so, dass bei neuen Gesetzvorschlägen die Brüsseler Behörden eine Folgeabschätzung vornehmen müssen. Mit anderen Worten: Welche Auswirkungen hat das Gesetz? Welche Kosten sind damit verbunden? Welcher bürokratische Aufwand ist damit verbunden? Sind die Kosten höher als die Nutzung… usw. usw.

Pause nötig
13 europäische Regierungen, darunter Deutschland, Österreich und Italien, haben jetzt gefordert, dass Brüssel endlich eine Pause einlegt. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas stehe zunehmend unter Druck, nicht nur durch die geopolitischen Spannungen, sondern auch durch gerade in Deutschland extrem hohe Energiekosten und die strategische Abhängigkeit bei Rohstoffen. Deshalb brauche man keine technokratischen weitere Regulierungen, die die Kapazitäten von Unternehmen in ganz Europa ohne Not bindet.

Man darf gespannt sein, wie die EU-Kommission reagiert und inwieweit das EU-Parlament diesen fünfseitigen Brief aufnimmt, denn im Grunde genommen ist es eine Art Misstrauensvotum gegen die jetzige EU-Kommission. Und dies zu Recht.

Die Arbeit von US-Klimalobbyisten zum Nachteil Deutschlands und Europas

Welche Rolle spielt Jochen Flasbarth (SPD)?

(red). Der heutige Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth (SPD), gehört ohne jeden Zweifel zu den medial erfolgreichen Klimalobbyisten, um nicht zu sagen Klimahysterikern, der auf der linken Aufstiegsleiter schon viele Positionen durchlaufen hat. So war er Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium sowie Präsident des Umweltbundesamtes. Heute ist er Staatssekretär im Bundesumweltministerium.

Ein Mann, der für Atomausstieg, Fracking-Verbot, Gentechnikskepsis, einseitige Energiewende steht. Ein Mann, der stolz darauf ist, dass er das sogenannte 1,5-Grad-Ziel ins Pariser Klimaabkommen ohne jegliche Abstimmung betrieben hat. Auf die Frage des Kanzleramtes, was denn die 1,5-Grad-Regelung solle, habe er sinngemäß geantwortet, na ja, 1,5 Grad, das sage man halt so auf einer Konferenz. Diese 1,5 Grad haben weitreichende Konsequenzen für Deutschland und Europa.

Wechsel ins Lobbyistentum
Fasbarth kann man sicherlich als eiskalten Exekutor seiner ideologischen Vorstellungen bezeichnen, denn als er Präsident des Bundesumweltamtes war, hat er kritische Journalisten, die Zweifel an der Energiewende hatten, öffentlich in einer Broschüre als „Klimaskeptiker, die Zweifel verbreiten würden“, gebrandmarkt.

Mit anderen Worten, öffentlich an den Pranger gestellt mit dem Ziel, sie damit letzten Endes mundtot zu machen. Jetzt soll er Chef der „European Climate Foundation“ werden. Diese ECF verfügt über ein Jahresbudget von rund 260 Millionen Euro, finanziert zahlreiche linke sogenannte NGOs, finanziert sogenannte „Faktenchecker“-Medien, Denkfabriken und Institutionen, die den Ausbau von Windkraft und Sonnenenergie vorantreiben sollen, angeblich alle, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

Auch das Oxford Climate Journalism Network, das Klimajournalisten ausbildet, benennt die ECF als Geldgeber. Unverhohlen wird damit signalisiert, es geht nicht um objektive, sachgerechte Berichterstattung über Umwelt- oder Klimafragen, sondern es geht gezielt um eine einseitige Indoktrinierung von Journalisten wiederum mit dem Ziel, die Öffentlichkeit entsprechend zu beeinflussen.

Lobbyismus zu Lasten Europas
Die Finanzierung der ECF erfolgt größtenteils durch Großstiftungen aus den Vereinigten Staaten von Amerika, die sich zum Beispiel dafür einsetzen, dass Europas Autohersteller strengere CO2-Vorgaben zu akzeptieren haben mit dem Ergebnis, dass die europäische und vor allem die deutsche Automobilbranche in der tiefsten Krise ihres Bestehens ist. Profiteur dieser Politik sind die USA. Die ECF warb auch für höhere CO2-Preise in Europa. Deutschland übererfüllte diese Wünsche. Wirtschaft und Bürger zahlen die höchsten CO2-Steuer Europas. Damit werden die Energiepreise in Deutschland so verteuert, dass wir mit die höchsten Energiepreise weltweit haben. Profiteur auch hier – Sie erraten es?! Natürlich die amerikanische Wirtschaft.

Dass ausgerechnet Flasbarth nunmehr Chef dieser ECF werden soll, muss Anlass zu großer Sorge sein, denn staatliche Klimapolitik und die private Finanzierung ihrer Fürsprecher, so hat es die Zeitung „Die Welt“ formuliert, rücken bedenklich eng zusammen.

MARTINSTAG – WEIHNACHTEN – SILVESTER

In Ihrem *Wetzlarer Hof* – Buchung ab sofort möglich

MARTINSTAG

59 €
PRO PERSON

Herbst. Genuss.

Tradition.

VORSPEISE
Lauwarmer Kürbis aus dem Ofen
Ziegenfrischkäsecreme / eingelegte Birne / Kürbiskerncrunch / Apfelvinaigrette

SUPPE
Samtige Maronencremesuppe
Portwein / geröstete Brioche / Schnittlauch

HAUPTGANG
Knusprige Martinsgans - Brust und Keule
Beifußjus / Apfelrotkohl / Kartoffelklöße / glasierte Maronen

VEGETARISCHE ALTERNATIVE
Geschmorter Portobello
Selleriecreme / glasierter Rosenkohl / Portwein-Schalottenjus

DESSERT
Warmer Bratapfel
Marzipan-Mandel-Füllung / Vanillesauce / Zimteis

NOVEMBER · MARTINSTAG

31 · 12 · JAHRESWECHSEL

98 €
PRO PERSON
START · 19:00 UHR
APERITIF & WASSER INKLUSIVE

SILVESTER

Festmenü zum Jahreswechsel

19:00 · AUFTAKT

AMUSE-BOUCHE · GRÜSSE AUS DER KÜCHE BROT & BUTTER

- Kartoffeltörtchen / Saiblingstatar / Schnittlauchcreme / Forellenkaviar
- Kleiner Bergkäse-Windbeutel / schwarze Trüffel / Kräutercreme
- Maronensüppchen / grüner Apfel / Selleriestroh / Nussbutter

Sauerteigbrot / Salzbutter / Röstzwiebel-Apfelbutter

Der Einstieg in den Abend

SECHS-GÄNGE-MENÜ

I **SAIBLING & APFEL**
Leicht geräucherter Saibling / Meerrettich-Creme / eingelegte Gurke / Buttermilchsud / Forellenkaviar / Roggenknusper

II **WALDPILZ & OCHSENSCHWANZ**
Klare Waldpilzessenz / Ochsenschwanz / gebratener Kräuterseitling / Petersilienwurzel / eingelegte Buchenpilze / Liebstöckelöl

III **SELLERIE & WINTERTRÜFFEL**
Im Salzteig gegarter Sellerie / Nussbutter-Selleriecreme / eingelegter Sellerie / geröstete Haselnuss / Bergkäseschaum

IV **ZANDER & RIESLING**
Auf der Haut gebratener Zander / Riesling-Buttersauce / geschmorter Lauch / knuspriger Kartoffelbaumkuchen / Senfkaviar / Dillöl

V **RIND & WINTERGEMÜSE**
Rosa gebratenes Rinderfilet / Schaufelstück-Roulade / Wacholdersauce / Kerbelwurzel / Wirsing / knuspriger Serviettenknödel

VI **BIRNE HELENE 2.0**
Birne / Schokolade / Vanille / weißer Portwein / Zuckerwatte

SÜSSER AUSKLANG

PETITS FOURS
Feine Pralinenauswahl / bunte Macarons

AB 00:00 UHR **FESTLICHE KÄSEPLATTE**

Gereifter Allgäuer Bergkäse / kräftiger Deichkäse / cremiger deutscher Weichkäse / würziger Blauschimmelkäse / gereifter Ziegenkäse

Dazu Birnensenf / Quittenbrot / Walnüsse / Trauben / Früchtebrot / knuspriges Bauernbrot

SILVESTER · FESTMENÜ

WEIHNACHTEN

66 €
PRO PERSON

Festlich. Winterlich.

Fein.

VORSPEISE
Lauwarmer Chicorée aus dem Ofen
Burrata / Mandarine / geröstete Pistazien / Balsamico-Honig-Dressing

SUPPE
Pastinaken-Birnen-Cremesuppe
Thymianbutter / Haselnusscrunch / Pastinakenchip

HAUPTGANG
Geschmortes Rinderschaufelstück
Rotweinjus / Kartoffelwaffel / glasierte Wintermöhren / knusprige Schalotten

VEGETARISCHE ALTERNATIVE
Gebratene Kräuterseitlinge
Kartoffelwaffel / glasierte Wintermöhren / Pilzjus / knusprige Schalotten

DESSERT
Dunkle Schokoladencrémeux
Sauerkirschsorbet / Zimtcrumble / eingelegte Gewürzkirschen

Wetzlarer Hof
Restaurant

WETZLARER HOF HOTEL & RESTAURANT GMBH | Obertorstraße 3 | 35578 Wetzlar
Tel. +49 06441 9080 | info@wetzlarerhof.de | restaurant-wetzlarerhof.de

Gut so

Bundespolizei mit mehr Kompetenzen im Kampf gegen illegale Migration und Kriminalität

(red). Man kann der Bundespolizei nur gratulieren, dass sie jetzt mehr Kompetenz zur Bekämpfung von Kriminalität und Extremismus erhält. Ein Anliegen von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU), dem es gelang, Bundestag und Bundesrat von einem entsprechenden Gesetz zu überzeugen, das vor wenigen Wochen beschlossen wurde.

Danach kann die Bundespolizei künftig in besonderen Gefahrenlagen eine automatische Echtzeitgesichtserkennung an Orten in ihrem Zuständigkeitsbereich anwenden, also Bahnhöfe, Flughäfen…

Zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität oder des Extremismus erhält die Bundespolizei Befugnisse zur Telekommunikationsüberwachung, so dass sie vor allem Handys orten und Messenger-Kommunikationen überwachen kann. Darüber hinaus können in Waffen- und Messerverbotszonen an Bahnhöfen und in Zügen stichprobenartige und anlasslose Kontrollen stattfinden.

Abschiebehaft selbst beantragen

Ein Meilenstein ohne jeden Zweifel ist, dass die Bundespolizei für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer selbst Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam beantragen kann, wenn diese in ihrem Zuständigkeitsbereich in ihre Fänge geraten sind. Damit wird verhindert, dass ausreisepflichtige Personen untertauchen, ein großes Problem, wenn es darum ging, ausreisepflichtige Ausländer abzuschieben.

Man kann Dobrindt nur gratulieren, dass ihm dieser Coup gelungen ist und der Bundespolizei dazu, dass sie endlich die Zuständigkeiten erhält, die auch ihrer Kompetenz entsprechen.

Rund 150.000 offene Haftbefehle in Deutschland

Wer per Haftbefehl gesucht wird, darf keinen Anspruch auf Grundsicherung haben

(red). Deutschland dürfte vermutlich weltweit der einzige Staat sein, der seinen mit Haftbefehl gesuchten Straftätern Grundsicherung aufs Konto überweist. Das heißt natürlich nicht, dass dies alle ca. 150.000 Bürgergeldbezieher sind, aber ein nicht unerheblicher Prozentsatz mit Sicherheit. Das hat jetzt die Politik auf den Plan geholt. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Günter Krings zeigte sich entsetzt darüber, dass Personen, die in Deutschland mit Haftbefehl gesucht werden, noch Sozialleistungen bekommen. Bayerns Ministerpräsident Söder wies darauf hin, dass dieser Missstand sofort zu ändern sei.

Datenschutz

Hintergrund dieses Tollhauses Deutschland ist der nach wie vor vorhandene überzogene Datenschutz. Und es ist vorgekommen, dass das Jobcenter einem Kriminellen die Stütze überweist, weiß, wo er wohnt, während zugleich die Polizei nach ihm sucht und die Adresse nicht kennt. Der Datenschutz lässt grüßen. Das soll sich ja demnächst, man ist geneigt zu sagen, irgendwann in diesem Leben, doch tatsächlich ändern.

Wohin eine falsch verstandene Brandmauer führen kann

Das Problem, das jetzt deutlich formuliert wurde, ist seit Jahren bekannt. Die AfD-Fraktion im Bundestag hat im Dezember 2024 dies mit einer Kleinen Anfrage im Bundestag thematisiert und im Oktober 2025 mit einem förmlichen Antrag einen Ausschluss von Bürgergeld, Sozialhilfe und Asylbewerberleistungen bei offenem Haftbefehl gefordert. Dieser Antrag wurde am 5.3.2026 mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt!

Spätestens hier stellt sich die Frage nach dem Sinn einer Brandmauer. Es ist dem Bürger nicht mehr zu vermitteln, dass, wie in diesem Fall, ein absolut berechtigter und vernünftiger Antrag nur deshalb abgelehnt wird, weil er von der falschen Fraktion kommt. Das ist kein Zeichen von Größe, das ist ein Zeichen von Dummheit und Borniertheit, führt zu Politikverdrossenheit und führt automatisch zu wachsendem Stimmenanteil der AfD. Gleiches muss auch anders herum gelten. Wenn die SED/Linkspartei einen vernünftigen Antrag einreichen sollte, sollte man ihm zustimmen. Man kann sich höchstens darüber ärgern, dass man die Idee nicht selber hatte. Diese Ausschließeritis in Sachfragen führt deshalb zu immer mehr Politikverdrossenheit und sie dient auch nicht der Sache. Letzteres ist schließlich entscheidend.

Organisierte Kriminalität in Deutschland 2025

8000 Tatverdächtige – Schusswaffeneinsatz nimmt zu

(red). Vor wenigen Wochen haben Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) und der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, das Bundeslagebild zum Thema „Organisierte Kriminalität 2025" vorgelegt. Die wesentlichen Aussagen sind knapp und präzise wie folgt zusammenzufassen:

8000 Tatverdächtige, 1000 mehr als im Vorjahr. Türkische Mafia, afrikanische Mafia, arabische Clans und stark zunehmend syrische Zuwanderer

Kriminalitätsschwerpunkte

Kriminalitätsschwerpunkte sind Rauschgift, Gewaltkriminalität, Geldwäsche, Erpressung und Mord.

Hemmschwelle sinkt

Besonders besorgniserregend, dass 688 Schusswaffen im letzten Jahr sichergestellt werden konnten, im Vergleich zu 422 im Vorjahr. Die Dunkelziffer ist naturgemäß extrem hoch. Leider sinkt die Hemmschwelle zum Einsatz von Schusswaffen und Sprengstoffen. Kaum ein Tag vergeht mittlerweile in Berlin, so das BKA, an dem nicht Schüsse fallen. Ähnliche Trends in Hamburg, in Köln, und die Bereitschaft zu Gewalt und Schusswaffenanwendung ist deutlich gestiegen.

Minderjährige werden rekrutiert

Kriminologen sprechen hier von „Crime-as-a-Service" oder Verbrechen auf Bestellung. 20 Prozent der O.K-Verfahren funktionieren mittlerweile nach diesem Muster. Hintermänner organisieren Minderjährige, Dritte organisieren die Waffen, Vierte spähen Anschlagsplätze aus. Anschlag ausgeführt, Jugendliche/Kinder abtransportiert. Hintermänner bleiben im Dunkeln. So ist zunehmend das Muster.

Justiz und Zeugen werden bedroht

Gerade in den Ballungsgebieten ist bei so viel Gewaltpotenzial seit Jahren festzustellen, dass im Falle von Festnahmen, drohenden Prozessen Richter, Staatsanwälte und Zeugen eingeschüchtert werden nach dem Motto „man weiß, wo derjenige wohnt, man weiß, wo die Kinder zur Schule gehen" und vieles andere mehr.

Großstädte als Vorboten

Das, was sich zunehmend in einigen deutschen Großstädten abspielt, sind die Vorboten auf das, was auch im eher kleinstädtischen Milieu perspektivisch zu erwarten ist, wenn nicht gnadenlos hart gegengesteuert wird. Aburteilung, Verbüßung der Strafe, Abschiebung, und zwar des gesamten Clans, ohne Rücksicht auf Verluste. Einziehen des gesamten Vermögens inklusive Protzautos, bei doppelter Staatsbürgerschaft die deutsche aberkennen. Spätestens hier wird deutlich, wie leichtfertig es von politisch linker Seite ist, die deutsche Staatsbürgerschaft billigst zu verramschen, denn diese zu entziehen ist ein juristisch schwieriger Weg. Besser erst gar nicht erteilen.

Ärger für Pistorius

Big Band der Bundeswehr spielt bei SPD-Sommerfest

(red). Beim 15. Gartenfest des sogenannten Seeheimer Kreises in Berlin, es sind dies die eher konservativeren Sozialdemokraten, dem auch Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius angehört, wurden zahlreiche Abgeordnete, Mitarbeiter, Vertreter aus Gesellschaft, Wirtschaft usw. eingeladen. Soweit, so gut. Das kleine Problem: Für die musikalische Unterhaltung sorgte die Big-Band der Bundeswehr.

Es ist dies, um das sehr deutlich zu sagen, eine tolle Truppe, qualitativ hochwertig, die beispielsweise im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für die Bundeswehr ebenso auftritt wie bei Benefizkonzerten oder auch bei der Betreuung der Truppe, öffentlichen Gelöbnissen und Kommandoübergaben. Auftritte bei Parteien und Fraktionen gehören ausdrücklich (!!!) nicht dazu.

Nachdem es entsprechende Proteste gab, erklärte das Ministerium, man sei mit einer Prüfung entsprechend unterwegs. Man darf gespannt sein, was herauskommt. Und manch einer erinnert sich noch an den Auftritt der vielfachen Olympiasiegerin Claudia Pechstein, die als Bundespolizistin mit Dienstuniform bei einer CDU-Veranstaltung öffentlich auftrat und inhaltlich nicht zu beanstande Problempunkte im Bereich der öffentlichen Sicherheit ansprach. Die vermeintlich öffentliche Erregung war groß, und oh, Wunder, hier ist sie doch tatsächlich fast gänzlich ausgeblieben. Warum wohl?











Tausende auf dem Römerberg in Frankfurt erinnern an 300 islamistische Morde Wo waren eigentlich die Medien?

(red). Michael Kyrath verlor im Januar 2023 seine 17-jährige Tochter und ihren Freund, 19 Jahre jung, die im Regionalzug von Kiel nach Hamburg von einem staatenlosen Palästinenser, Ibrahim A., anlasslos erstochen wurden. Kein Einzelfall. Deshalb gründete Michael Kyrath die „Trauerwache Deutschland", um den Hinterbliebenen ähnlich gelagerter Fälle eine Stimme zu geben.

Tausende kamen aus Solidarität einerseits auf dem Römerberg in Frankfurt zusammen, um der getöteten Kinder und Jugendlichen zu gedenken, andererseits aber auch mahnende Worte an die Politik wegen der islamistischen Terroranschläge zu richten. Er stehe, so Kyrath, in Kontakt zu den Eltern von über 300 getöteten Jugendlichen. Von den wenigsten Messerattacken bekomme die Öffentlichkeit etwas mit. Durchschnittlich gebe es 80 Messerangriffe pro Tag (!!!).

Kollektives Schweigen

Wenn irgendwo in Deutschland ein Asylbewerber aus rechtsextremem Motiv angegriffen wird, geht dies durch die Medien, zu Recht, und der Täter muss mit der Härte des Gesetzes rechnen. Folgen sind für alle Hinterbliebenen immens, und Außenstehende können sich in der Regel nicht einmal ansatzweise vorstellen, was Ebenfalls zu Recht. Umgekehrt sind es oftmals nur Randnotizen in den Tageszeitungen, geschweige denn gibt es große öffentliche Berichterstattung von ZDF oder ARD, wie jetzt auf dem Römerberg, wo sich Tausende friedlich versammelten und deutliche Worte fanden. So auch Manuel Ostermann, der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in der Bundespolizei und andere Redner. Kein Vertreter der Stadt Frankfurt nahm an der Trauerwache teil, und es gab keine überregionale Presseberichterstattung.

Dank an Kyrath

Man muss Michael Kyrath dankbar sein, dass er die Kraft dazu aufgebracht hat, diese „Trauerwache Deutschland" ins Leben zu rufen, denn die psychischen Folgen sind für alle Hinterbliebenen immens, und Außenstehende können sich in der Regel nicht einmal ansatzweise vorstellen, was in Betroffenen vorgehen muss, wenn Politik und Medien sich nicht um ihre individuellen Fälle kümmern.

Verhöhnung

Man muss es geradezu als Verhöhnung bezeichnen, wenn medial und politisch häufig davon gesprochen wird, es handele sich um „Einzelfälle", der Täter sei „unzurechnungsfähig", es sei ein „kranker Einzeltäter", er habe eine „Psychose" oder ein „Fluchttrauma".

Wo bleibt die Empathie?

Es ist für Betroffene kaum erträglich, wie im Falle Brokstedt in Niedersachsen im Jahr 2023, dann von der seinerzeitigen Bundesinnenministerin Nancy Faeser den Satz zu hören „Das Wichtigste ist, dass diese Tat nicht von Rechtsradikalen missbraucht wird." Nein, verehrte Frau Faeser, das ist nicht das Wichtigste. Das Wichtigste wäre Ihr Kerngeschäft gewesen, die Menschen vor diesen Verbrechern zu schützen und dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen, nämlich diese Personen, die fast alle vollziehbar abschiebepflichtig gewesen sind, tatsächlich abzuschieben. Die Politik hat sich deshalb mitschuldig an diesen Opfern gemacht. Und es ist geradezu, man muss fast sagen pervers, wenn wie in Aschaffenburg ein kleines Kind aus einer Gruppe von Kindergartenkindern erstochen wird und man anschließend lesen muss, dass die „Omas gegen Rechts" zur Demonstration aufrufen, damit Aschaffenburg „bunt" bleibe.

Der nächste Trauermarsch findet am 25. April 2027 in Dresden an der Frauenkirche statt, und es ist zu hoffen, dass Zigtausende der „Trauerwache Deutschland" beistehen.

„Fachkräfte"-Einwanderung im Juli und August 2026

10.7. Harburg: Ein 26-jähriger Albaner schlägt einen 79-Jährigen. Der erleidet tödliche Kopfverletzungen.
10.7. Ulm: 28-Jähriger mit zwei Messerstichen verletzt. Täter 36 Jahre alter „schutzsuchender" Syrer.
15.7. Ruhpolding: Afghane verletzt Zugleiter mit Messer schwer.
15.7. Trier: Der Student Marius D. wird als Zufallsopfer von einem 22-jährigen Afghanen erstochen.
19.7. Nürnberg: 45-jähriger Iraner ersticht Spielothek-Mitarbeiterin.
25.7. Berlin: 21-jähriger Libanese fährt am Rande einer CSD-Veranstaltung in eine Menschenmenge, 1 Toter, 29 Verletzte.
1.8. Dresden: 20-jähriger Syrer sticht einer „Person" das Messer in den Oberkörper.
2.8. Heidelberg: Afghane würgt 17-Jährige, versucht sie im Wohnheim zu vergewaltigen.
18.8. Oster: Bei einer Messerstecherei unter Syrern werden zahlreiche Personen verletzt.
28.8. Dresden: Palästinenser versucht Mitarbeiter der Ausländerbehörde mit brennbarer Flüssigkeit zu übergießen.
31.8. Erkner: 29-jähriger Kongolese ersticht auf offener Straße seine von ihm getrennt lebende Ehefrau.

Ein kleiner Auszug aus dem Irrsinn einer völlig verfehlten Migrationspolitik.

Großbritannien

Islamkritik unerwünscht – Meinungsfreiheit eingeschränkt

(red). Großbritannien gilt für viele als das Mutterland der freien Rede und der Meinungsfreiheit. Schon im Jahr 1742 hat sich David Hume gegenüber Freunden vom Festland Europa dahingehend geäußert, dass man nirgendwo eine so „extreme Freiheit" genieße wie in England, indem man öffentlich sagen könne, was man wolle. Und auch Voltaire ging nach London, um der Einengung der Meinungsfreiheit des seinerzeitigen Frankreichs zu entkommen. Redefreiheit in Großbritannien war eine tragende Säule der Nation.

„Anti-Muslim Hostility"

Mit anderen Worten, es handelt sich um vermeintliche Feindseligkeit gegenüber Muslimen, die jetzt amtlich durch die Labour-Regierung erarbeitet wurde. Ein großer Erfolg der muslimischen Verbände, darunter auch islamistische Verbände, die angeblich an der Definition mitgearbeitet haben. Letzteres lässt sich nicht mehr rekonstruieren, weil, o Wunder, sämtliche Unterlagen im Reißwolf des zuständigen Ministeriums vernichtet wurden. Kein Minister sei an der Löschung beteiligt gewesen, so heißt es.

Wer sich also in Zukunft kritisch über die zunehmende Islamisierung in Großbritannien äußert, wer sich kritisch über das Tragen von Kopftuch und Ganzkörperverhüllung äußert, den Koran als nicht kompatibel mit englischen Gesetzen bezeichnet, läuft große Gefahr, wegen Islamophobie und Muslimfeindlichkeit angezeigt zu werden. Diese Verordnung kann man als Kotau oder Unterwerfung gegenüber dem wachsenden Einfluss von Muslimen bezeichnen. Sie liefert einen Vorgeschmack auf das, was bei uns unter dem Begriff „Muslimfeindlichkeit" oder „antimuslimischer Rassismus" seit Jahren von manchen Islamverbänden ebenfalls eingefordert wird, nämlich Kritik am Islam, die zwingend notwendig ist, als Islamophobie zu ächten.

IM WETZLAR-KURIER INSERIEREN
www.wetzlar-kurier.de
Das spricht für uns:
● Hohe Auflage
● günstige Preise
● alle Anzeigen im Redaktionsteil
● 110000 Exemplare

DÖG Wetzlar geht selbstbewusst und voller Tatendrang ins 41. Jahr ihres Bestehens

Deutsch-Österreichische Gesellschaft Wetzlar e.V.

(ew.) 40 Jahre alt ist der Partnerschaftsverein „Deutsch-Österreichische Gesellschaft (DÖG) Wetzlar" in diesem Jahr 2026 geworden. Und hat sich dabei mit einer großen Geburtstagfeier in der Stadthalle Wetzlar selbst beschenkt.

Die sehr gut besuchte Jahreshauptversammlung am Ende Oktober im Steindorfer „Tannenhof" läutete mit der Neuwahl des Vorstandes, die überwiegend mit der Bestätigung des bisherigen Leitungsgremiums endete, sozusagen den Alltag des 41. Jahres der Vereinsgeschichte ein.

„Kontinuität" könnte als Leitmotiv über dem künftigen Sein und Werden der DÖG Wetzlar stehen. Kontinuität im Vorstand, dessen Mitglieder allesamt in großer Harmonie einstimmig bestätigt und in Einzelfällen neu gewählt wurden.

Der seit 2012, dem Jahr des Neubeginns nach schwierigen Jahren, amtierende Vorsitzende Hans-Jürgen Irmer wurde ebenso in seinem Amt bestätigt wie seine beiden Stellvertreter Ingeborg Koster und Martin Dietz. Neue Schriftführerin ist Randi Moritz, die Alexandra Berghäuser nachfolgt. Letzterer Lebensmittelpunkt wird perspektivisch das Nachbarland Österreich sein, wo Alexandra Berghäuser künftig im ehrenamtlichen Nebenamt „Botschafterin" der DÖG Wetzlar in der Partnerstadt Schladming durchaus aktiv sein wird.

Stellvertretender Schriftführer bleibt Fritz Ufer. Das Parade- und Vorzeigebeispiel erwähnter DÖG-Kontinuität ist und bleibt das Vereinskassierer Peter Wenzel. Als sein Vater Heinz Wenzel vor nun vier Jahrzehnten die DÖG ins Leben rief, „verpflichtete" er seinen Sohn, den Banklehrling Peter Wenzel, das Vereinsamt des Kassierers zu übernehmen. Und das hat er bis heute inne, einstimmig für weitere zwei Jahre wiedergewählt und vom Vorsitzenden Irmer einmal mehr – und bis zum Beweis des Gegenteils – als „dienstältester Vereinskassierer Deutschlands" geadelt.

Als Beisitzer im Vorstand bestätigt wurden Kathi Hahn, Conny Loh, Bernd Matzat, Günter Schmidt, Karin Schmidt, Lasse Schmidt und Friedl Steinruck. Neu im Beisitzer-Gremium sind Regine Bunzel, Jannis Hahn, Holger Loh, Jörg Palm und Uwe Schmal. Kooptierte Mitglieder sind Alexandra Berghäuser und Boris Schmidt Burbach. Ausgeschieden sind Dagmar Steuernagel, Tina Wack und Jürgen Zilz.

Als einen markanten Beweis für die Lebendigkeit des Vereins und die breite Fächerung und Attraktivität des Angebotes an unterschiedlichsten Aktivitäten, Fahrten, Veranstaltungen, Exkursionen, Vorträgen und anderem mehr, nannte Vorsitzender Irmer in seinem Bericht die Tatsache, dass die Zahl der Mitglieder im Laufe der beiden vergangenen Jahre von 450 auf aktuell 490 angestiegen ist. Und das trotz eines Dutzends leider verstorbener Mitglieder, die der Vorsitzende einzeln nannte und würdigte.

Irmer lobte die hohe Mitgliederbindung in der DÖG, die sich als große Familie betrachte. „In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst", zitierte Irmer Augustinus und versicherte, dass der Vorstand genau das zum Wohle der Mitglieder umzusetzen sich bemühe.

Besonders am Herzen liege der Deutsch-Österreichischen Gesellschaft Wetzlar die Partnerschaft mit Wetzlars Partnerstadt Schladming in der Steiermark. Diese Bindung und Verbindung bezeichnete Irmer angesichts der Tatsache, dass der DÖG junge, mittelalte und ältere Mitglieder in bunter Mischung angehören, als ein „Drei-Generationen-Projekt", von dem auch die Stadt Wetzlar profitiere.

„Unsere Mitglieder nehmen das Angebot, das die DÖG ihnen Jahr für Jahr unterbreitet, treu und in toller Präsenz an", freute sich der Vorsitzende, dessen Freude auch im Blick auf den Kontostand der DÖG nicht getrübt wurde. Ganz im Gegenteil. Denn was Langzeit-Kassierer Peter Wenzel den Teilnehmern der Jahreshauptversammlung an Zahlen präsentierte, ist mit dem Level „solide" eigentlich nicht ausreichend beschrieben.



v.lks.: Lasse Schmidt, Dr. Boris Schmidt-Burbach, Uwe Schmal, Hans-Jürgen Irmer, Günter Schmidt, Karin Schmidt, Peter Wenzel, Conny Loh, Fritz Ufer, Ingeborg Koster, Jörg Palm, Regine Bunzel, Jannis Hahn, Randi Moritz, Alexandra Berghäuser, Kathi Hahn, Bernd Matzat und Friedl Steinruck.

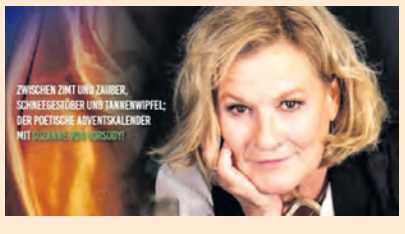


Knapp 100 Mitglieder waren der Einladung zur Jahreshauptversammlung gefolgt

-Anzeige-

Suzanne von Borsody liest die „Weihnachtspost"
Poetische Vorweihnachtszeit im Pastori Weilmünster

Das historische Lichtspiel-Gasthaus Pastori etabliert sich als Veranstaltungsort der besonderen Art.
Einladen möchte das Pastori Sie zu zwei Veranstaltungen, um Sie auf die Weihnachtszeit einzustimmen.
Am 1. Advent, Sonntag, den **29.11.** lädt die musikalische Familie Farnung aus Schmitten mit modern interpretierter Musik auf klassischen Instrumenten die Besucher zur **Matinée**.



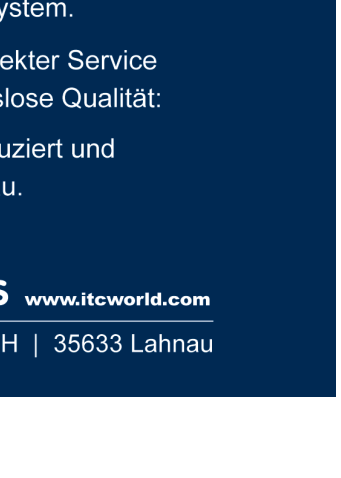
Und am **Samstag, den 12.12.** begrüßt Sie Suzanne von Borsody, eine der vielseitigsten Schauspielerinnen Deutschlands, im Pastori.
Seit Jahrzehnten begeistert sie im Theater sowie in Film und Fernsehen mit ihrer ausdrucksstarken Darstellung und ihrer unverwechselbaren Stimme. Auch als Sprecherin hat sie sich einen Namen gemacht und beweist ihre besondere Leidenschaft für Literatur und Poesie bei musikalischen Lesungen. Mit ihrer eindrucksvollen Stimme verleiht sie Geschichten und Gedichten eine ganz eigene Atmosphäre.
In ihrer Lesung **„Weihnachtspost – Ein poetischer Adventskalender"** nimmt sie das Publikum gemeinsam mit dem Duo Feliz mit auf eine literarisch-musikalische Reise durch die vielfältigen Weihnachtstraditionen der Welt – voller Poesie, Besinnlichkeit und Hoffnung.
Das Restaurant wartet mit **Wildspezialitäten** aus eigener Jagd und ab dem Martinstag natürlich auch mit Gänsegerichten auf.
Kommen Sie ins Pastori nach Weilmünster – zu Events, ins Kino oder für eine Auszeit im Restaurant!

PASTORI®
das historische Lichtspielgasthaus
FILM · THEATER · GASTRONOMIE · EVENTLOCATION
Hauptstraße 29 · 35789 Weilmünster
Telefon Kino 06472 / 414 · Telefon Restaurant 06472 / 832 1673 · info@pastori.de
www.pastori.de Pastori.Weilmuenster

RISTORANTE Leone
IM GOLFCLUB DILLENBURG
UNSERE GOLFCLUB ANGEBOTE:
WEIHNACHTSFEIERN
im Golfclub bis 100 Pers. + Weihnachtsmenü
CATERING – prompt + zuverlässig
SILVESTERPARTY
mit Fisch + Fleisch
Mitternachtssekt + Feuerwerk
ÖFFNUNGSZEITEN
OKTOBER – MÄRZ
DI-SO AB 11 UHR
ANSCHRIFT
AUF DEM ALTSCHEID 1
35687 DILLENBURG
E-MAIL
GOLFRISTORANTELEONE@T-ONLINE.DE
TELEFON 02771 - 5002
LEONE-DILLENBURG.DE

BRANDMELDEANLAGE DEFEKT!
Jetzt Funk - Ersatzanlage mieten
Flexible Laufzeiten ab 1. Woche
Info unter 06441-77035-0
www.ocs-gmbh.com
[OCS] GEBÄUDESICHERHEIT UND KOMMUNIKATION

La Vinoteca di COLBON
WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!
www.lavinoteca.de
www.centro-wetzlar.de
06441-46192



Dieses X ist Ihr Vorsprung in der Videoendoskopie.
Professionelle Inspektionstechnik trifft auf innovative 3D-Messtechnik, integriert in ein modulares und erweiterbares System.
Kurze Wege, direkter Service und kompromisslose Qualität:
Entwickelt, produziert und betreut in Lahnau.
IT CONCEPTS www.itcworld.com
IT Concepts GmbH | 35633 Lahnau

Pro Polizei Wetzlar kritisiert Berliner Linksjugend

Wer Polizei als „kriminellen Clan“ bezeichnet, hat Maß, Mitte und Anstand verloren Wo bleibt die Distanzierung der Linkspartei?

(red). „Die Geister, die ich rief, werd ich nicht mehr los“, so heißt es bei Goethes Faust. „Übertragen auf die heutige Zeit“, so Pro-Polizei-Vorsitzender Hans-Jürgen Irmer, „kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die seit Jahren zunehmenden üblen Beschimpfungen, Unterstellungen und Angriffe auf die Polizei durch Linke und Linksextreme auf fruchtbaren Boden bei den unterschiedlichen Jugendorganisationen gefallen sind.“ Irmer erinnerte daran, dass im letzten Jahr die seinerzeitige Co-Vorsitzende der Grünen Jugend die Polizeibeamten mehrfach als „Bullen“ beschimpft hatte.

Den Vogel aber schoss jetzt die Linksjugend in Berlin ab, als sie die Polizei als das wahre Clan-Problem von Berlin bezeichnete. Diese sei ein „krimineller Clan, mit Pistolen, Quarzhandschuhen und Knüppeln… ausgestattet, der friedliche Demonstranten schikaniere“. „Verschönert“ wurde dieser Videobeitrag mit einem Schwein-Emoji. Wer, wie die Linken in Berlin, im Wahlprogramm fordere, der Polizei die Finanzmittel zu entziehen, die angeblich teure Aufrüstung zu stoppen und die Mittel umzuverteilen, wer Razzien in Shishabars als diskriminierend bezeichne, wer wie viele Linke in Deutschland sehr bewusst die Polizei des Rassismus verdächtige, Einsätze unter dem vermeintlichen Aspekt der Verhältnismäßigkeit kritisiere, ohne davon eine Ahnung zu haben, der trage wissentlich oder unwissentlich dazu bei, dass der Respekt vor der Polizei verloren gehe.

Und es seien immer die Gleichen auf der linken bis linksextremen Seite, die nicht davor zurückschreckten, mit Gewalt gegen Polizeieinsätze vorzugehen. Ob es beim Dannenröder Forst war, ob bei der EZB, ob beim Hamburger G20-Gipfel oder auch aktuellere Großlagen, in der Tendenz sei es überall das Gleiche gewesen: Steine auf Polizeibeamte, Molotowcocktails, Zwillen geschossen, Seile gespannt, um Pferde zu Fall zu bringen, Lanzeneinsätze empfohlen und vieles andere mehr. Das Ergebnis könne man besichtigen. Über 100.000 Einsatzkräfte deutschlandweit seien Opfer von Gewalt gegen Polizeibeamte, Bundespolizisten, Rettungsdienste im Öffentlichen Dienst und anderes mehr geworden. Was hier auf dem linksextremen Spektrum geschehe, sei eine beispiellose Verdrehung von Wahrheiten, Verrohung und Enthemmung, die in einem Polizeibeamten in Uniform nicht mehr den Menschen sehe, sondern nur das Feindbild des verhassten Staates.

Die Würde des Menschen, so Irmer abschließend, sei im Grundgesetz verbürgt. Dies gelte für jeden, auch für Polizeibeamte in Uniform, für Bundespolizisten in Zügen und an Bahnhöfen, für Rettungssanitäter oder auch Mitarbeiter in Notaufnahmeeinrichtungen. Die Würde sei ein universeller Begriff und habe für jeden zu gelten. Unter jeder Uniform befinde sich ein Mensch, ein Vater, eine Mutter, Verlobter, Verlobte, Enkel… Wir alle sollten der Polizei dankbar dafür sein, dass sie durch ihren Einsatz in immer schwerer werdendem Umfeld dafür sorge, dass der Bürger in Deutschland rund um die Uhr in relativer Sicherheit und damit in persönlicher Freiheit leben könne. Wenn dies nicht mehr gewährleistet sei, habe man Anarchie. Deshalb wolle er im Namen von Pro Polizei Dank und Anerkennung aussprechen.

Pro Polizei informierte über Enkeltrick und Schockanrufe

(red). Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe hatte der VdK in Münchholzhausen bei der Bürgerinitiative „Pro Polizei Wetzlar“ nachgefragt, ob sie einen Vortrag zum Thema „Enkeltrick und Schockanrufe“ beisteuern könnte. Geschäftsführer Jannis Hahn konnte aus profunder Kenntnis wertvolle Tipps geben. Er wies darauf hin, dass laut Bundeskriminalamt 2025 rund 49 Millionen Euro durch Schockanrufe ergaunert worden seien. Das Muster sei immer das Gleiche. Der Anrufer meldet einen fingierten Notfall. Ein Angehöriger habe einen schweren Verkehrsunfall verursacht, sitze in Polizeigewahrsam oder befinde sich, wie aktuell vor wenigen Tagen in Wetzlar geschehen, im Krankenhaus.

Warnsignale
Dass telefonisch von der angeblich echten Polizei oder angeblich echten Staatsanwaltschaft telefonisch eine Kaution eingefordert wird gibt es im wirklichen Leben nicht. Wenn der Anrufer sofort Bargeld, Gold oder eine Überweisung verlangt, Hände weg, selbst wenn die angezeigte Nummer mit 110 angezeigt wird. Auch dort Hände weg! Mit dieser Nummer ruft aus Sicherheitskreisen niemand an. Und wenn dann noch der Hinweis kommt, man möge mit anderen Familienmitgliedern nicht darüber sprechen, dann sollten spätestens in diesem Moment alle Alarmglocken läuten und das Gespräch abrupt beendet werden.

Enkeltrick
Im Prinzip ähnlich. Betrüger geben sich am Telefon beispielsweise als Enkelkind, als entfernter Verwandter aus und erklären, sie seien in einer finanziellen Notlage. Man habe einen Unfall gehabt, benötige eine Kaution und ganz dringend Bargeld. Die Täter rufen gezielt ältere Menschen an, die im Telefonbuch mit Vornamen gelistet sind, und anhand dieser können sie grobe Rückschlüsse auf das Alter ziehen.

Warnsignale
Auch beim Enkeltrick gibt es Warnsignale. Wenn der Anrufer beispielsweise nicht sicher ist, ob er den richtigen Namen nennt, den er ja in der Regel nicht kennt, fragt er „Rate mal, wer dran ist?“ Wenn die Bitte geäußert wird, ähnlich wie beim Schockanruf, der Familie gegenüber nichts zu erzählen, wenn Druck ausgeübt wird, schnell Bargeld zu übergeben oder gefragt wird, wie viel man zu Hause hat oder eine ungewohnte Stimme damit erklärt wird, dass man eine schlechte Verbindung oder eine Erkältung habe, gilt auch hier: auflegen und die Polizei in Wetzlar informieren.

Rund 50 Teilnehmer hörten dem äußerst profunden Vortrag von Jannis Hahn zu und nutzten die Gelegenheit für weitere Fragen. Zuvor hatten Vorsitzender Hans-Jürgen Irmer und seine Vorstandskollegin Renate Pfeiffer-Scherf kurz die Zielsetzung und Aufgabenstellung von Pro Polizei Wetzlar erörtert. Eine gelungene Präventionsveranstaltung im besten Sinne des Wortes.



Jannis Hahn, Geschäftsführer Pro Polizei Wetzlar

22.11., 18 Uhr Stadthalle Aßlar

Gospelkonzert „Zeichen der Hoffnung“

Mit einem besonderen **Gospelkonzert,** das am **22.11.** um 18 Uhr in der Stadthalle Aßlar stattfindet, soll ein kulturelles Highlight für die gesamte Region geschaffen und gleichzeitig ein starkes Zeichen für Gemeinschaft und Völkerverständigung gesetzt werden.Unter dem Motto“ „**Zeichen der Hoffnung**“ erwartet die BesucherInnen ein außergewöhnliches Konzerterlebnis mit dem international bekannten **Gospelstar und Stimmakrobaten David Thomas**. Gemeinsam mit einem **großen Projektchor und Chören aus der Region sowie einer Live-Band** entsteht ein mitreißendes Programm, das Menschen unterschiedlicher Generationen, Herkunft und Konfession verbindet und begeistert.Gerade der Ewigkeitssonntag lädt dazu ein, innezuhalten und den Blick auf das zu richten, was Menschen trägt und Perspektiven für die Ewigkeit schenkt. In einer Zeit, die von gesellschaftlichen Herausforderungen, Unsicherheiten und Krisen geprägt ist, möchte dieses Konzert Mut machen, Zuversicht vermitteln und die verbindende Kraft der Musik mit Botschaft erlebbar machen.

Weitere Infos unter www.ldchor.de und www.asslar@ekir.de.Karten im Vorverkauf:

Erfolg für Dillkreisjäger und Vereinsbündnis –

„Apotheker-Linde“ in Herborn ist jetzt Naturdenkmal

Im Juni 2021 beschloss die Jägerschaft des Dillkreises, Waldpädagogik und Umweltbildung zusätzlich in den satzungsmäßigen Aufgabenkatalog ihres Kreisjagdverbandes aufzunehmen. Neben „Lernort Natur“-Aktionen wie Revierexkursionen mit Schulklassen, Kita-Besuchen oder die im vergangenen Jahr eingeweihte „rollenden Waldschule“ wollten die Dillkreisjäger angesichts der enormen Waldschäden durch Klimawandel, Trockenheit und Borkenkäfer mehr Umweltbewusstsein im Alltag durch die Ausweisung eines markanten innerstädtischen Einzelbaumes als Naturdenkmal an ihrem Vereinssitz in Herborn erreichen. Denn ein solchermaßen gekennzeichneter Baum („Denk mal!“) sollte gewissermaßen „im Vorbeigehen“ tagtäglich hunderte Passanten auf den hohen ökologischen Wert jedes einzelnen Baumes aufmerksam machen. Deshalb fiel die Wahl auf die sogenannte Apotheker-Linde auf dem Hintersand-Parkplatz nahe der Amts-Apotheke in der Herborner Altstadt. Dieser Projektidee der Dillkreisjäger schlossen sich der Geschichtsverein Herborn, der Verein Freunde der Flora Herbornensis, der BUND-Ortsverband, die Bürgerinitiative „WIR für Herborn“ sowie auch ein Stadtteil- Naturschutzverein als „Vereinsbündnis Herborn“ mit einem Antrag an die Untere Naturschutzbehörde an.

Nach einem befürwortenden Grundsatzbeschluss des Stadtparlament im Juni 2024, der Zustimmung des Kreisnaturschutzbeirates Ende 2025 und dem Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Stadt und Kreis Mitte dieses Jahres war es schließlich soweit: in einer gemeinsamen Feierstunde von Stadt und Vereinsbündnis brachten kürzlich Landrat Carsten Braun (CDU) für die Untere Naturschutzbehörde, Bürgermeister Lukas Winkler (CDU) für die Gremien der Stadt Herborn und Dillkreisjäger-Vizevorsitzender Jochen Decher für das Herborner Vereinsbündnis unter dem Beifall von über 100 Teilnehmern das amtliche Denkmalschild an dem Lindenbaum an. Als symbolisches Zeichen ihrer Verbundenheit begossen anschließend Schulkinder der benachbarten Diesterweg-Schule die Baumscheibe aus ihren bunten Gießkännchen.

Bürgermeister Lukas Winkler verwies in seinem Grußwort auf die Veränderungen im Stadtbild und der Zeitgeschichte, die der markante Innenstadtbaum im Laufe seines rund 120-jährigen Bestehens erlebt habe, und erinnerte an den schwierigen Entscheidungsprozess im Stadtparlament wegen grundsätzlicher Befürchtungen, dass diese Naturdenkmalausweisung in der Innenstadt eine spätere Bauentwicklung behindern könne. Schließlich hätten die Stadtverordneten jedoch vor Zuschauerrängen, die bis auf den letzten Sitz- und Stehplatz überfüllt waren, mit eine Stimme Mehrheit die Befürwortung beschlossen. Die Feierstunde anlässlich des neuen Naturdenkmals inmitten der Stadt bezeichnete Winkler als einen wichtigen Tag für Herborn, denn Stadtentwicklung müsse stets auch im Einklang mit der Natur stehen. Jochen Decher hob hervor, dass aus dem Wunsch der Dillkreisjäger längst ein in weiten Teilen der Bürgerschaft verankertes und von Herborner Vereinen getragenes „Bürgeranliegen“ geworden sei. Naturdenkmale würden als Botschafter für Umweltbewusstsein gelten. Decher begründete dies mit einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie, wonach in Städten eine Erhöhung des Baumbestandes um min-destens 30 Prozent die Zahl extremer Hitzestunden im Jahresdurchschnitt um fast 64 Prozent senken könne. Jeder Baum zählt: nach einer Untersuchung der holländischen Universität Wageningen betrage die durchschnittliche „Kühlleistung“ eines einzelnen Baumes wie die Apotheker-Linde 20-30 Kilowatt - das entspreche dem Leistungsvermögen von ca. 10 Standard-Klimageräten, sagte Jochen Decher.

Nach den Ansprachen erläuterte Jochen Arnold, Leiter des Forstamts Herborn, die Bedeutung von Linden aus forstlicher Sicht. So erfuhren die Veranstaltungsteilnehmer etwa, dass Linden bis zu 1000 Jahre alt und bis zu 40 Meter hoch werden können. Der Vorsitzender des Geschichtsvereins Klaus Schreiner vermittelte eine stadt- und kulturhistorische Einordnung sowie eine Erklärung des „Baumnamens“: die Linde befinde sich nämlich in einem schon 1846 dokumentierten früheren Gartengelände der benachbarten Amts-Apotheke, und aus Lindenblüten hätten Apotheker früher Arzneimittel gegen Erkrankungen der oberen Luftwege hergestellt. Die Veranstaltung begann und endete mit stimmungsvollen Trompetensoli von Roman Pacholek.



Vor dem neuen Naturdenkmal in Herborn (von links): Bürgermeister Lukas Winkler, Jochen Decher, Annegret Krüger-Zechlin, Klaus Schreiner (alle Herborner Vereinsbündnis) und Landrat Carsten Braun. Foto: Michael Kampmann, Dillkreisjäger.

Ehemalige Soldaten feierten traditionelles Oktoberfest

(wh). Wie jedes Jahr im Oktober trafen sich Mitglieder des Kameraden- und Freundeskreises der ehemaligen Garnison Wetzlar in ihrem Vereinsheim zum alljährlichen Oktoberfest. Weißwürste, Schweinshaxen und Leberkäse: typische Speisen für ein zünftiges Oktoberfest hatte der Vorstand eingekauft. Dazu Oktoberfestbier und weiß-blaue Dekoration. Oktoberfeststimmung als Oberst.d.R. Karl-Heinz Reitz, der Vorsitzende des Vereins, die Angehörigen des Kameraden- und Freundeskreises der ehemaligen Garnison seine Mitglieder zum traditionellen Oktoberfest begrüßte. Oberstabsfeldwebel a.D. Günther Harren und seine Frau Stephania hatten für alles gesorgt, damit bayerisches Flair durch das „Bundeswehr-Zentrum“, den ehemaligen „Dorfkrug“, in Wetzlar-Niedergirmes wehen konnte. Zahlreiche Mitglieder aus der näheren Umgebung von Wetzlar waren gekommen, um einen Nachmittag gemeinsam zu genießen und für ein paar Stunden vom Alltag abzuschalten.



Foto (wh): Im Bundeswehr-Zentrum, dem ehemaligen „Dorfkrug“ waren die Mitglieder des Kameraden- und Freundeskreis der ehemaligen Garnison Wetzlar e.V. zusammen gekommen, um das traditionelle Oktoberfest zu feiern. Oberst d.R. Karl-Heinz Reitz begrüßte die Gäste und gab einen kurzen Ausblick auf die Veranstaltungen im kommenden Jahr

IM WETZLAR-KURIER INSERIEREN
www.wetzlar-kurier.de
Das spricht für uns:
- Hohe Auflage
- günstige Preise
- alle Anzeigen im Redaktionsteil
- 110000 Exemplare

- Anzeige -

IT-Kosten: Einsparpotenziale von bis zu 50 Prozent sind möglich

Cloud, Rechenzentrum, Mietmodelle und umfangreiche Softwarepakete werden Unternehmen häufig als moderne und wirtschaftliche Lösung angeboten. Der Gedanke klingt überzeugend: keine hohen Anschaffungskosten, kalkulierbare monatliche Beträge und weniger Technik im eigenen Haus.

Doch ob eine Lösung wirtschaftlich ist, zeigt sich oft erst bei genauerem Hinsehen. Je nach Ausgangssituation liegen mögliche Einsparungen vielleicht bei 10-20%. In einzelnen Fällen zeigen Erfahrungen aus der Praxis aber auch: Einsparpotenziale von rund 50 Prozent sind möglich.

Ein Beispiel: Ein Unternehmen betrieb seine Server vollständig auf gemieteter Infrastruktur in einem Rechenzentrum. Die laufenden Kosten waren erheblich, gleichzeitig hatte die eigene IT nur eingeschränkten Zugriff auf die Systeme.

Bei einer erneuten, unabhängigen Betrachtung wurden Leistungsbedarf, laufende Kosten und unterschiedliche Betriebsmodelle gegenübergestellt. In diesem konkreten Fall zeigte sich, dass sich die Infrastrukturkosten über die betrachtete Laufzeit mit eigener Hardware in angemieteten, dafür geeigneten Räumlichkeiten ungefähr halbieren lassen – bei gleichzeitig größerer Kontrolle über die eigenen Systeme.



Hendrik Hauß, Coreprotect

Das bedeutet nicht pauschal, dass Rechenzentrum oder Cloud grundsätzlich die falsche Wahl sind. Entscheidend ist, ob die gewählte Lösung tatsächlich zum Unternehmen passt.

Entscheidend sind die Gesamtkosten

Gerade bei IT-Investitionen sollte nicht nur die monatliche Rechnung zählen. Entscheidend sind die Gesamtkosten über die typische Nutzungsdauer von etwa fünf Jahren.

Dabei stellt sich vor allem die Frage: Welche Leistungen werden wirklich benötigt – und wofür wird möglicherweise bezahlt, obwohl es im Alltag gar nicht genutzt wird?

Das gilt ebenso für Softwarelizenzen. Nicht jeder Arbeitsplatz benötigt automatisch das umfangreichste verfügbare Paket. Schon kleine monatliche Unterschiede pro Mitarbeiter können sich über mehrere Jahre zu erheblichen Summen addieren.

Bedarf statt Verkaufsmodell

Eine wirtschaftliche IT beginnt deshalb nicht mit der Frage „Cloud oder eigener Server?“, sondern mit einer nüchternen Betrachtung der tatsächlichen Anforderungen.

Für klassische Büroarbeitsplätze, Dateiablage und Zusammenarbeit kann eine schlanke Cloud-Lösung vollkommen ausreichen. Werden dagegen zentrale Fachanwendungen oder Datenbanken genutzt, auf die mehrere Mitarbeiter gleichzeitig zugreifen müssen, kann eine eigene Serverinfrastruktur weiterhin sinnvoll oder notwendig sein.

Doch auch dann gilt: Die Lösung sollte zur Aufgabe passen. Nicht jede Anwendung benötigt ein großes Serversystem. Je nach Leistungsbedarf kann auch eine deutlich kleinere Plattform ausreichen – mit entsprechend geringeren Anschaffungs-, Energie- und Betriebskosten.

Genau hier liegt häufig Einsparpotenzial: nicht möglichst viel Technik einzusetzen, sondern genau die Technik, die für den jeweiligen Betrieb tatsächlich benötigt wird.

Gerade bei hohen laufenden IT-Kosten lohnt sich deshalb eine unabhängige zweite Betrachtung. Nicht mit dem Ziel, zwingend alles zu verändern – sondern um festzustellen, ob Technik, Kosten und tatsächlicher Bedarf noch zusammenpassen.

Denn zehn oder zwanzig Prozent Einsparung können bereits interessant sein. Und manchmal zeigt eine genaue Prüfung, dass sogar deutlich mehr möglich ist.

Core Protect aus Herborn unterstützt Unternehmen dabei sowohl beratend als auch technisch – von der Analyse bis zur passenden Umsetzung.

coreprotect IT-Security
Core Protect IT GmbH & Co. KG
Zum Gutshof 2 · 35745 Herborn
Tel.: +49 2772 70 90 590
E-Mail: info@core-protect.de
Wir schützen, was Ihr Unternehmen stark macht!

Mitglieder des Deutschen Bundeswehr-Verbandes reisten zum Biggesee

(wh). Jedes Jahr bietet der Vorstand des Deutschen BundeswehrVerbandes, Kameradschaft der Ehemaligen, Reservisten und Hinterbliebenen (ERH), Veranstaltungen für die fast 200 Mitglieder an. Neben Vortragsveranstaltungen zu Themen wie Beihilfe oder Pflegeversicherung, stehen auch Informationsbesuche bei Firmen auf dem Jahresprogramm. Die Veranstaltungen dienen zur Förderung der Gemeinschaft und der Erweiterung des Wissens. In diesem Jahr hatte der Vorstand ein neues Angebot für seine Mitglieder: eine Fahrt zum Biggesee im Sauerland. Neben einem gemeinsamen Essen im Landgasthof Scherer nahmen die mehr als 30 Mitglieder an einer Fahrt mit dem Planwagen teil. Bevor es mit Gimmler Reisen zurück nach Wetzlar ging, stand eine Rundfahrt mit dem „Biggolino" auf dem Programm. Der „Biggolino" beförderte die ehemaligen Soldaten zwischen der Atta-Höhle und dem Biggedamm.



Foto (Oberstleutnant a.D. Bernd Kraft): Die Teilnehmer der ERH Wetzlar vor dem Biggolino am Biggesee

Vereine laden ein

Geschichtsverein Wetzlar
Donnerstag, 12.11., 19.30 Uhr, Alte Aula, Obertorstraße**, „Der Kalsmunt als Ausflugsziel der Wetzlarer Stadtbevölkerung",** so lautet der Titel eines Vortrages in Zusammenarbeit mit dem „Förderverein des Kalsmunt" unter Leitung von Thorsten Rohde. Eintritt frei. Jedermann ist herzlich eingeladen.

Musikschule Wetzlar
Zu einem **Partnerschaftskonzert mit der Tuxedo Drive Big Band und dem Lahn-Dill-Jugendorchester** lädt die Wetzlarer Musikschule in das neue Domizil in die Domhöfe für **Samstag, den 14.11. um 18 Uhr** ein.

Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen
Die LOW lädt für **Dienstag, den 17.11. um 11.15 Uhr** zu einem Vortrag über **die „Via Transilvanica"** ins Vereinsheim des Tennisclubs Wetzlar im Bodenfeld Jedermann herzlich ein.



Attraktive Spielzeit 2026/2027 der Wetzlarer Kulturgemeinschaft

Gesang wird im Verlauf der Spielzeit 2026/2027 unter Kai Uwe Schöler, der in seine zweite Saison als künstlerischer Leiter der Wetzlarer Kulturgemeinschaft startet eine wichtige Rolle einnehmen. Damit knüpft der Verein an eine Tradition an, die bereits bei der Gründung der Wetzlarer Kulturgemeinschaft durch Elsie Kühn-Leitz vor 81 Jahren zentral war.

Die Saison bietet insgesamt fünf Meisterkonzerte und vier Sonderkonzerte. Am **12. Dezember** sind im beliebten **Adventskonzert „capella cantabilis" und das Blechbläserensemble „pro musica sacra"** in der Hospitalkirche zu Gast und laden erstmals bei einigen Liedern zum Mitsingen ein. Ein besonderer Höhepunkt der kommenden Spielzeit und eine Hommage an Wetzlars französische Partnerstadt: Das **Neujahrskonzert** am **16. Januar 2027 mit dem Orchestre national Avignon-Provence und der „Compagnie (1)Promptu"** in der Stadthalle.
„Let's make music as friends" - mit diesem Motto seines Wegbereiters Leonard Bernstein gastiert das weltweit tourende **Blechbläsersextett Ensemble Classique** am **12. März** mit Arrangements von Tomaso Albinoni bis Duke Ellington in der Stadthalle. Den Abschluss der Meisterkonzerte bildet am **7. Mai** „From A Distance" mit **Star-Tenor Julian Prégardien und Musikerinnen und Musikern der Barenboim-Said Akademie**.

Ein weiterer Schwerpunkt der Saison liegt auf der Talentförderung durch das Elsie Kühn-Leitz Stipendium, das die Wetzlarer Kulturgemeinschaft mit Unterstützung der Ernst Leitz Stiftung vergibt. In der Saison 2026/27 sind mit **Eike Coetzee (Bratsche, 6. November 2026)** und **Tassilo Probst (Violine, 5. März 2027)** gleich zwei Stipendiaten in der Reihe **„Talentwerkstatt"** im Haus Friedwart zu erleben.
In den beiden weiteren Sonderkonzerten der Talentwerkstatt steht wieder der Gesang im Mittelpunkt: Der **weltbekannte Tenor Julian Prégardien** stellt am **8. November 2026 im Rittal Konzertsaal in den Domhöfen** das Heidelberger Frühling Liedzentrum und seine jungen Künstlerinnen und Künstler vor, am **9. April 2027** interpretieren **Mikhail Timoshenko und Elitsa Desseva** am selben Spielort **Franz Schuberts „Winterreise"**.
Die Ausweitung des Konzertprogramms der Wetzlarer Kulturgemeinschaft mit Orchesterkonzerten und neuen Spielorten ist möglich dank der gestiegenen Resonanz in der Region – im letzten Jahr mit einer Verdoppelung der verkauften Karten - und darüber hinaus der kontinuierlichen Unterstützung der Stadt Wetzlar sowie einem wachsenden Kreis von Sponsoren. Der 1. Vorsitzende der Wetzlarer Kulturgemeinschaft, Dr. Matthias Büger, und der stellvertretende Vorsitzende Dr. Oliver Nass betonen die gute Zusammenarbeit im neuen Vorstand, als Team mit komplementären Kompetenzen: *„Uns vereint die Liebe zur klassischen Musik und unser Wunsch, gemäß unserer Tradition, Wetzlar klassische Konzerte auf höchstem Niveau zu schenken."*

Alle Konzerte beginnen um 20 Uhr. Konzertkarten zwischen 24 und 42 Euro gibt es im Internet beim Ticketportal www.reservix.de sowie in Wetzlar bei folgenden Vorverkaufsstellen: Tourist-Information, Gimmler Reisen, Siegmund-Hiepe-Straße 24,Wetzlarer Musikschule Lahn-Dill, Telefon 06441 / 42669.
Weitere Informationen zur Wetzlarer Kulturgemeinschaft und zur Spielzeit: wetzlarer-kulturgemeinschaft.de

DÖG-Geschenk im Vorzimmer von Schladmings Bürgermeister Hermann Trinker

(red). Im Rahmen der 40-Jahrfeier der Deutsch-Österreichischen Gesellschaft hatte diese dem Bürgermeister von Schladming, Hermann Trinker, ein besonderes Präsent überreicht. Ein Originalgemälde von Stephanie Godow, das das alte Coburger Schloss, das heutige Rathaus von Schladming, zusammen mit dem Wetzlarer Dom zeigt und als verbindendes Element die Wetzlarer Lahnbrücke. Eine künstlerische Meisterleistung, ein Unikat, das jetzt im Vorzimmer des Bürgermeisters im Schladminger Rathaus hängt, so dass jeder Besucher daran „vorbei" muss.



Das Foto zeigt Bürgermeister Hermann Trinker und die Chefin des Vorzimmers, Nadya



IM WETZLAR-KURIER INSERIEREN
www.wetzlar-kurier.de
Das spricht für uns:
- Hohe Auflage
- günstige Preise
- alle Anzeigen im Redaktionsteil
- 110000 Exemplare

Unternehmerverband Mittelhessen zeichnet Johanneum Gymnasium Herborn für besonderes Engagement aus

(A.W.) Im Rahmen der diesjährigen Vortragsveranstaltung zeichnete der Unternehmerverband Mittelhessen (UVM) das Johanneum Gymnasium Herborn für besonderes Engagement in der Berufs- und Studienorientierung aus. Mit der Auszeichnung hervor. Hierbei handelt es sich um ein Programm, bei dem Schülerinnen und Schüler über circa zwei Jahre hinweg wöchentlich für etwa zwei Stunden einen Betrieb besuchen und dort praxisnahe Einblicke erhalten. Des cole Nyga aus dem Berufsorientierungsteam die Auszeichnung entgegen.

Der Vorsitzende gratulierte der Schule zu ihrem Engagement und würdigte den Einsatz aller, die eine praxisnahe Berufsorientierung ermöglichen - von den



Foto: Unternehmerverband Mittelhessen / Max Schmidt
Fototitel v.l.: Sascha Drechsel, Christian Betz, Nicole Nyga und Klaus-Achim Wendel

zeichnung, die mit einem Preisgeld von 500 Euro verbunden ist, würdigt der Verband die vielfältigen Angebote der Schule, mit denen Schülerinnen und Schüler frühzeitig Einblicke in berufliche Perspektiven und die Arbeitswelt erhalten.

Besonders die Einführung von „SchulePlus“ hob der Vorsitzende Klaus-Achim Wendel während der Ver-

Weiteren erhielt das Gymnasium die Erstzertifizierung mit dem Gütesiegel „Berufs- und Studienorientierung Hessen“. Beides zeigt, wie herausragend das Johanneum Gymnasium schulische Berufsorientierung mit konkreten Erfahrungen in der Arbeitswelt verbindet. Stellvertretend für die Schule nahmen Schulleiter Christian Betz und Ni-

verantwortlichen Lehrkräften bis zu den beteiligten Unternehmen: „Eine vielseitige berufliche Orientierung eröffnet jungen Menschen neue Perspektiven und befähigt sie, ihre Talente gezielt einzusetzen und selbstbestimmte Entscheidungen für ihren weiteren Weg zu treffen.

Aus diesem Grund freut es uns als Unternehmerverband dem besonderen Engagement des Johanneum Gymnasiums die nötige und verdiente öffentliche Wertschätzung zu verleihen.“

IM
WETZLAR-KURIER
INSERIEREN
www.wetzlar-kurier.de

Oliver Wild zum Vorsitzenden der Landwirtschaftskommission der MIT Hessen gewählt

MIT-Landesvorstand setzt auf Erfahrung und stärkere Vernetzung von Landwirtschaft, Mittelstand und Politik

(O.W.) Der Kreisvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Lahn-Dill, Oliver Wild, übernimmt eine weitere verantwortungsvolle Aufgabe auf Landesebene. In der jüngsten Sitzung des Landesvorstandes der MIT Hessen wurde Wild zum neuen Vorsitzenden der Landwirtschaftskommission gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Raif Toma an.

Mit der Wahl übernimmt Wild die Verantwortung für ein Themenfeld, das für die wirtschaftliche Entwicklung Hessens und insbesondere für den ländlichen Raum von großer Bedeutung ist. Landwirtschaft, Weinbau, Forstwirtschaft und die vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweige sind nicht nur wichtige Arbeitgeber, sondern auch ein unverzichtbarer Bestandteil der regionalen Wertschöpfung.

„Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind mittelständische Unternehmen, die täglich unternehmerische Verantwortung übernehmen. Sie sichern unsere Versorgung, schaffen Arbeitsplätze, investieren in ihre Betriebe und prägen unsere Kulturlandschaft. Deshalb müssen ihre Interessen innerhalb der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik einen festen Platz haben“, erklärt Wild.



Oliver Wild

Bürokratieabbau und wirtschaftliche Perspektiven im Mittelpunkt

Als Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit sieht Wild insbesondere den Abbau überbordender Bürokratie, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Betriebe sowie die Schaffung verlässlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

„Unsere Landwirte brauchen keine immer neuen Vorschriften, Dokumentationspflichten und politischen Unsicherheiten. Sie brauchen Planungssicherheit, unternehmerische Freiheit und die Möglichkeit, mit ihrer Arbeit ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften“, betont Wild.

Ein besonderes Anliegen ist ihm dabei die Zukunft familiengeführter landwirtschaftlicher Betriebe. Steigende Energie- und Betriebskosten, zunehmender internationaler Wettbewerbsdruck, hohe Investitionsanforderungen und die schwierige Hofnachfolge stellen viele Betriebe vor erhebliche Herausforderungen.

Weitere Schwerpunkte sollen die Stärkung regionaler Vermarktungsstrukturen, die Förderung moderner landwirtschaftlicher Technologien, der Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen sowie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Umwelt- und Klimaschutz und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sein.

Auch die zunehmenden Konflikte zwischen landwirtschaftlicher Nutzung, Flächenverbrauch und anderen gesellschaftlichen Interessen möchte Wild aufgreifen.

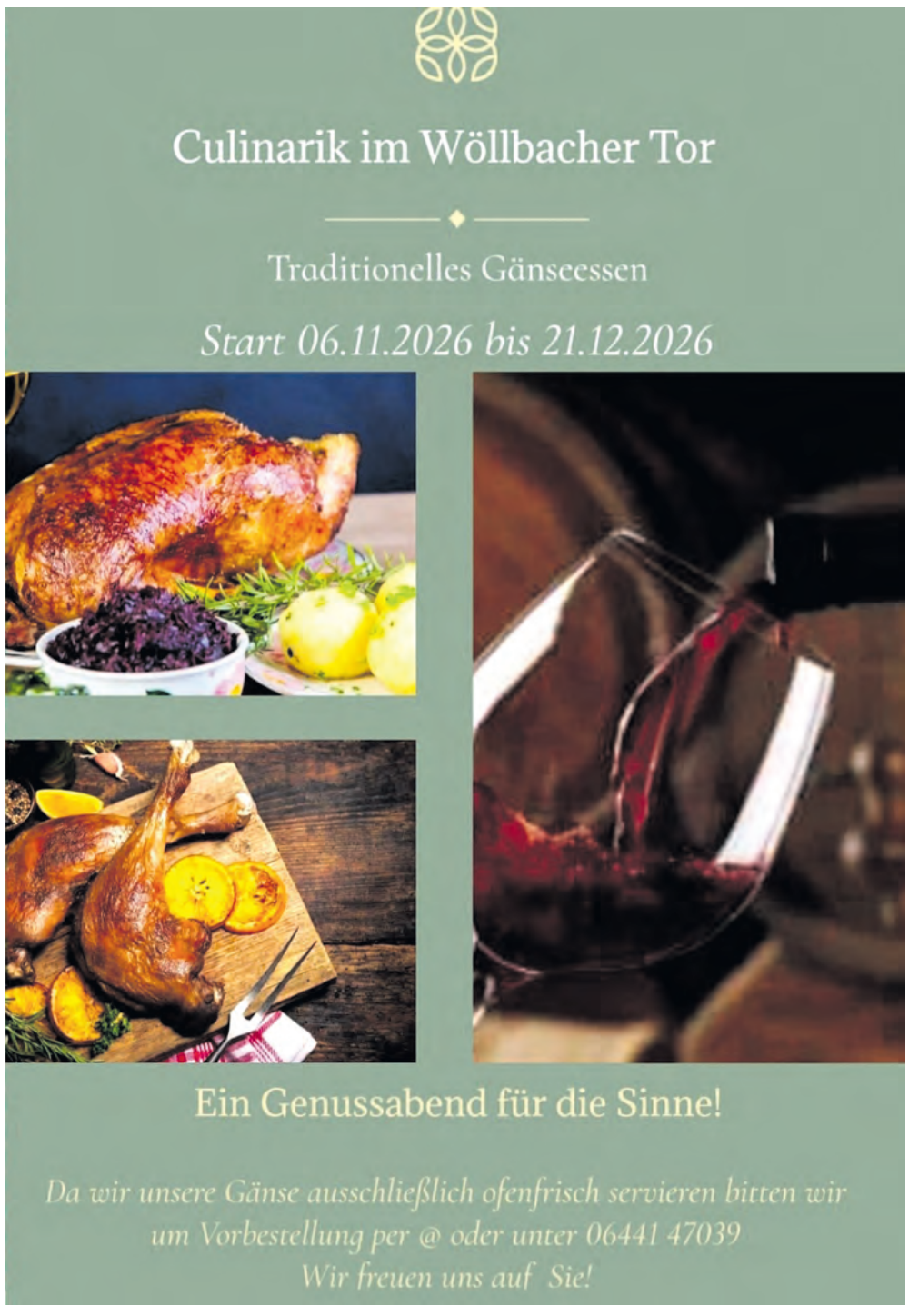
-Anzeige-

Frische, die man schmeckt – mit Geschmacksgarantie in Ihrem REWE - Center Wetzlar

Wetzlar. Genuss beginnt bei der Qualität – und genau dafür steht der REWE-Center Wetzlar.
Mit einer Vielzahl an **exklusiven, selbst hergestellten Spezialitäten** bietet das Fleisch,-Käse,- und Fischtheke täglich Frische und Geschmack auf höchstem Niveau. Ob die klassische **Fleischwurst**, herzhaft-würzige **Pfefferbeißer** oder traditionell hergestellte **Mettenden** – alle Produkte werden mit großer Sorgfalt, Erfahrung und besten Zutaten hergestellt. Das Ergebnis: ehrlicher Geschmack, den man bei jedem Bissen erlebt. Auch an der Wursttheke warten echte Genussmomente. Der hausgemachte **Fleischsalat** überzeugt mit seiner cremigen Rezeptur und gehört seit Jahren zu den beliebtesten Produkten unserer Kunden. Perfekt für Frühstück, Brotzeit oder den kleinen Genuss zwischendurch.
Auch im Obst,- und Gemüsebereich werden Frische und Service großgeschrieben. Hier bieten wir täglich frisch geschnittenes Obst sowie knackige Salatmischungen als auch Küchenfertiges Gemüse für Sie an. Dies erleichtert den Alltag für Sie als Kunde und sorgt gleichzeitig für eine gesunde und abwechslungsreiche Ernährung.
Das Besondere dabei: Hinter jedem selbst hergestellten Produkt steht ein engagiertes Team, das täglich mit Leidenschaft, Fachwissen und höchsten Qualitätsansprüchen arbeitet. Deshalb gibt das REWE-Center Wetzlar seinen Kunden eine **Geschmacksgarantie**: Frische Rohstoffe, handwerkliche Herstellung und kompromisslose Qualität sorgen für ein unverwechselbares Genusserlebnis.
REWE-Center Wetzlar – exklusiv, frisch und mit Geschmacksgarantie. Hier wird Qualität nicht nur versprochen, sondern jeden Tag selbst gemacht.

- Doppelkiste Selters 11,98 € Oder Bitburger 10,99 €
- Fleischwurst 9,90 €
- Ferrero Küsschen und Mon Cheri statt 3,99 nur 2,79 €

REWE CENTER Wetzlar Dein Markt





Jackel
Wir entsorgen umweltgerecht.
Container-Service Wertstoffhof
Jackel GmbH
Pfeffergrund 1
35708 HAIGER
www.jackel-gmbh.de
Telefon (02773) 4874
Telefax (02773) 71616
Mobil (0171) 9911684
E-Mail info@jackel-gmbh.de

Gasthaus Decker
Pension - Restaurant
(Zimmer mit Dusche und WC)
Bekannt für gutes Essen

Besuchen Sie unsere Traditionsgastronomie,
freuen Sie sich auf unsere bekannt gute Küche.
Wild aus heimischen Wäldern und regionale Spezialitäten.
Familiär geprägter, aufmerksamer Service.
Räume für Festlichkeiten
35756 Mittenaar-Bellersdorf-Ortsmitte • 0 64 44 -93 10-00



DIE RAUMWERKSTATT Altenberger Str. 84a · 35576 Wetzlar · Tel: 06441/ 567450
www.dieraumwerkstatt.de · www.maler-mignon.de

Der KUEFA Sammelbehälter für drinnen und draußen
- zum Sammeln, Sortieren und Trennen von Wertstoffen
- für Veranstaltungen und Events, Haushalt, Handel, LEH, Handwerk und Industrie, Verwaltungen und Behörden, Schulen und Unis, Altenheime und Krankenhäuser u.v.m.
- verschiedene Ausführungen, Größen, Deckelfarben und -varianten (z.B. mit Einwurf) lieferbar



Erhältlich bei Amazon, ebay und auf www.kuefa.de
Alfred Kuehmichel GmbH & Co. KG
Hasselbacher Str. 11-13 · 35799 Merenberg
shop@avia-kuehmichel.de

„Wer bist ‘n du?“ Eine Wetzlarer Familiengeschichte zwischen Leica, Krieg und der letzten Erinnerung

(red). Von außen betrachtet ist es nur eine kleine Szene. Ein älterer Herr fegt den Bürgersteig vor seinem Grundstück in Wetzlar. Ein Mädchen kommt vorbei. Der Mann hält inne, schaut das Kind freundlich an und fragt im hessischen Dialekt „Wer bist ‘n du?“. Das Mädchen heißt Margot Schmitz. Der Mann ist Ernst Leitz II., jener Unternehmer also, dessen Namen vor allem mit der weltberühmten Leica verbunden wird – und mit einer stillen deutschen Geschichte, die erst Jahrzehnte später ihr volles moralisches Gewicht entfalten sollte.

Während Europa im Nationalsozialismus versank, half die Familie Leitz zahlreichen jüdischen Mitarbeitern und Familien bei der Flucht aus Deutschland. Doch Geschichten wie diese bestehen nicht nur aus historischen Fakten. Sie bestehen aus Blicken, Stimmen und Gesten, aus Erinnerungen, die mit den letzten Zeitzeugen verschwinden. Und genau deshalb befinden wir uns gerade in einem Wettlauf gegen die Zeit. Während in Wetzlar demnächst Dreharbeiten für eine große internationale Filmproduktion über die Leica Camera, die Geschichte der Familie Leitz und deren Rettungswiderstand gegen die Nazis beginnen, blickt ein Wetzlarer, den es vor vielen Jahrzehnten in die Ferne verschlagen hat, stolz auf seine Heimatstadt. Der deutsch-amerikanische Filmschaffende Andreas Wallach, dessen Vater Rainer, heute 88 Jahre alt in Leun lebt, arbeitet seit Jahren an einem ähnlichen, den kommenden Kinofilm ergänzenden Narrativprojekt über seine Familie, über Wetzlar und über jene Form von Menschlichkeit, die sich manchmal gerade dort zeigte, wo ein ganzes Land moralisch entgleiste.

Wallachs Erzählung beginnt nicht in den Vorstandsetagen deutscher Industriegeschichte, sondern in der alten Langgasse von Wetzlar zwischen Kriegserinnerungen und Nachkriegskindheit. Für ihn ist die Geschichte der Firma Leitz Teil seiner eigenen Familienchronik. Er sei im alten Wetzlarer Krankenhaus geboren, so Wallach, und noch im originalen, 1970 leider abgebrannten „Goldenen Ross“ aufgewachsen. Einem Ort, an dem sich die Wege ihrer Familien lange kreuzten. Nach dem Krieg hätten seine Onkels mit Günther Leitz in Kanada die ELCAN-Werke aufgebaut. Sein Vater Rainer sei 1953 als 15-Jähriger bei Leitz gestartet. Damals wurde er noch persönlich vom alten Chef Ernst Leitz empfangen. Jeden Morgen hätte sein Vater für Dr. Leitz das Frühstück besorgt. Diese Begegnungen und die daraus folgenden Gespräche hätten ihn als jungen Menschen nachhaltig geprägt. Es seien Erinnerungen aus einer Welt, die fast verschwunden sei. Eine Welt, in der ein Firmenpatriarch morgens noch selbst den Gehweg vor seinem Anwesen fegt und in der manche Menschen trotz der Verwilderung ihrer Zeit einer inneren Haltung treu blieben, die sich weder durch Ideologie noch durch Angst völlig zerstören ließen.


Vater und Sohn Wallach vor einem seinerzeitigen Leitz-Verwaltungsgebäude.

Heute werde die Geschichte der Familie Leitz international neu entdeckt. Derzeit entwickele der britische Produzent Martin Serene gemeinsam mit dem bekannten Regisseur Peter Webber eine große Verfilmung der Leica Saga. Im Mittelpunkt der Handlung stehe besonders Elsie Kühn-Leitz, die Tochter des Patriarchen. Und genau hier wolle er mit seinem Werk ansetzen. Seine Sorge sei, dass bei einer allein von Hollywood inszenierten Verfilmung viel Wesentliches verloren gehen könnte. Die geerbte Menschlichkeit und die generationsübergreifende Pflege sehr alter Familienwerte. Daher wolle er im Rahmen seines Werkes verstärkt auf diese Werte eingehen. Grundlage für Zivilcourage, um sich dem Ungeist des Nationalsozialismus entgegenzustellen.

Zeitzeugenbriefe, Fotografien gesucht

Vor diesem Hintergrund suche er noch andere Zeitzeugen, so Wallach, die sich an persönliche Begegnungen mit dem alten Chef oder seiner Tochter erinnern. Wer hat Ernst Leitz oder Elsie Kühn-Leitz noch selbst erlebt? Wer kennt die Geschichte der Geretteten? Wer besitzt Briefe, Fotografien oder beiläufige Erinnerungen, die nie ein Archiv erreicht haben? Es sei dies die stille Dimension der deutschen Geschichte, die oft erst verschwinde, bevor man ihren Wert erkannt habe. Die entscheidende Frage sei, wie heute Menschlichkeit weitergegeben werde.

Der Satz „Wer bist ‘n du?“ wirke darin fast wie ein Echo aus einer anderen Zeit. Es sei eine einfache Frage, hinter der die Grundeinstellung zugrunde liege, dass jeder Mensch zunächst einmal jemand sei. Ein Mensch von Wert. Dies gelte für jeden. Und darin liege die Bedeutung seines Filmprojektes, nicht in Konkurrenz zur geplanten Hollywood-Verfilmung, sondern in Ergänzung.

Tolle Idee der IHK Lahn-Dill

Streckenführerschein für 17-Jährige

(red). Das Problem für viele Jugendliche, die eine Ausbildung machen, ist gerade im ländlichen Raum die Erreichbarkeit der Ausbildungsstelle. Wer im Westerwald, beispielsweise in Breitscheid, lebt oder im Vordertaunus in Waldsolms und sein Ausbildungsplatz sich in Wetzlar oder einer Umlandgemeindebefindet, der wird in der Regel häufig Probleme haben, zu den richtigen Zeiten an seinen Arbeits-/Ausbildungsplatz zu kommen, da der Öffentliche Personennahverkehr dafür nicht ansatzweise ausgelegt ist.

In Kenntnis dieser Probleme hat die IHK Lahn-Dill nunmehr angeregt, für solche Fälle eine Ausnahmegenehmigung für sogenannte Streckenführerscheine für Jugendliche ab 17 Jahren zu erteilen, und zwar ohne Beisein ihrer Eltern. Es geht konkret um die Fahrtstrecke vom Wohnort bis zur Ausbildungsstätte. Dass man dazu einen sogenannten Streckenführerschein benötigt, ist selbstverständlich. Die Landesregierung wird diesen Vorschlag wohlwollend prüfen. Wenn er umgesetzt würde, eine tolle Hilfe für Ausbildungsbetriebe und vor allen Dingen für die Jugendlichen selbst.

IM WETZLAR-KURIER INSERIEREN

„Schreib mal wieder“

(red). Wie wichtig Schreiben für das Gehirn des Menschen, für die kognitive Entwicklung, für die Mitteilungsfähigkeit eines jeden Einzelnen gegenüber dem anderen ist, ist mittlerweile hinlänglich bekannt und wissenschaftlich mehrfach validiert. Trotzdem muss man heutzutage feststellen, dass die Rechtschreibkenntnisse und Rechtschreibfähigkeiten immer schlechter werden.

Umso höher ist zu bewerten, dass Elke Frey in ihrer kleinen, aber feinen Galerie in der Hauptstraße 27 in Dillheim wieder die Aktion „Schreib mal wieder“ startet. In kleinen Gruppen von vier bis fünf Personen ab 10 Jahren gibt es „Schreibstunden für unsere schöne Handschrift“. Anmeldungen sind nur in schriftlicher Form oder persönlich möglich unter der oben genannten Adresse in 35630 Ehringshausen. Übungszeit ist sonntags von 15 bis 17 Uhr, und zwar bis zum 29.11.2026. Materialkosten von 5 Euro werden bar bezahlt. Teestunde, Plaudern und Klönschnack gibt es gratis.

Feuerzangenbowle

Zum Abschluss der schönen Aktion gibt es am 6.12.2026 ab 17 Uhr in der „Alten Stube! in Dillheim in der Hauptstraße 27 eine Feuerzangenbowle.

Wegen der Personalpolitik im Hause Pistorius
Frust im Bundesverteidigungsministerium

(red). „Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte“, so heißt es in Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz. Soweit die Theorie. Die Praxis im Bundesverteidigungsministerium (BMVg) sieht offensichtlich etwas anders aus, so zumindest die Recherche der „Welt am Sonntag“. Frust, Angst vor Widerspruch, innere Emigration wegen der Personalpolitik von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD). Schon Anfang 2024 hat der Gesamtpersonalrat „erhebliche Unruhe, Unzufriedenheit unter den Angehörigen des BMVg“ festgestellt.

Beutegut einer Regierungspartei?

In einem Beschwerdepapier spricht man von einem „Selbstbedienungsladen“, der zum „Beutegut einer Regierungspartei“ geworden sei, und man frage sich, „ob Eignung, Leistung und Befähigung tatsächlich noch entscheiden – oder Beziehungen, politische Netzwerke und das berühmte, besondere Vertrauensverhältnis“.

Nahrung bekommen die Vorwürfe durch einen ganz aktuellen Fall. Staatssekretär Nils Hilmer (SPD), vor seiner Berufung Abteilungsleiter im Landesinnenministerium in Niedersachsen, will den Büroleiterposten neu besetzen. Eignungsbasierte Vorschläge für die Leitung des Büros habe er abgelehnt. Stattdessen hätte er eine am 1. Juli 2024 eingestellte Politikwissenschaftlerin (!) für den Posten vorgesehen, die zunächst in der Abteilung Politik gearbeitet habe und vier Monate später als Referentin in Hilmers Büro wechselte, wo sie im März 2026 mit der Besoldungsstufe A 13 verbeamtet wurde. Eine steile Karriere.

Der Personalrat protestierte bei Staatssekretär Jan Stöß (SPD), weil die entsprechende Ausschreibung nicht erfolgt sei und das Mitwirkungsrecht der Personalvertretung damit verletzt war. Im Falle dieser Dame gehen die Merkwürdigkeiten weiter. Zum 1. Oktober sollte sie jetzt die Büroleitung mit der Besoldungsstufe A 16/B 3 übernehmen, was allerdings bei einer Beamtin auf Probe grundsätzlich ausgeschlossen ist. Ergo schuf man den Dienstposten einer „persönlichen Referentin“, der „zugleich die Aufgaben der Büroleitung umfassen“ soll und mit A 14/A 15 bewertet ist. Da diese Arbeit von einem besonderen Vertrauens- und Näheverhältnis geprägt ist, so die Argumentation, könne Hilmer dann selbst entscheiden, wer die Funktion wahrnimmt.

Der Personalrat kritisiert die Besetzung dieses persönlichen Referenten als am Leistungsprinzip vorbei. Da dem Vernehmen nach Staatssekretär Hilmer durchaus als reisefreudig bezeichnet werden kann, gab es 2025 einen zusätzlichen Staatssekretär, Jan Stöß, früherer Berliner SPD-Chef. Der dritte Staatssekretär Jens Plötner (SPD) war vorher außenpolitischer Abteilungsleiter im Kanzleramt unter Olaf Scholz. 2021 kam der frühere Vizechef der Berliner SPD, Julian Zado, ins Verteidigungsministerium, einer der Väter der verfassungswidrigen Mietpreisbremse in der Hauptstadt, der schon 2022 in die unglaubliche Besoldungsstufe B 6 aufsteigen sollte, was aber am Filzprotest scheiterte. Mittlerweile hat er den Posten eines Unterabteilungsleiters gleichwohl erreicht und trifft mit Staatssekretär Stöß, so die „Welt am Sonntag“, zentrale Personalentscheidungen, die eigentlich dafür zuständige Zentralabteilungsleiterin Personalmanagement weitgehend außen vorhaltend.

Großer Unmut über Pistorius Personalpolitik

Während für die überwältigend große Mehrheit der Beschäftigten bei Beförderungen traditionell Beurteilungen der Dienstvorgesetzten erfolgen, Mindestverweilzeiten Voraussetzung sind und Vorerfahrungen, also fachliche Kompetenzen, gelten, gehe dies mit SPD-Parteibuch deutlich schneller.

Inkompetenz als Sicherheitsrisiko

Wenn führende Leute beispielsweise, überspitzt formuliert, in die innere Emigration gehen, die Motivation sinkt, weil kein Leistungsprinzip erkennbar ist, sondern offensichtlich in Teilen das SPD-Parteibuch wichtiger ist als fachliche Qualifikation, dann wird die Spitze eines Hauses ganz schnell zum Sicherheitsrisiko, denn im Bundesverteidigungsministerium müssen strategische Entscheidungen getroffen werden, Ausschreibungen über die Beschaffung von Waffen unterschiedlichster Art und vieles andere mehr. Wenn man dann an der Spitze des Hauses Personen hat, die fachlich kaum in der Lage sind, das zu beurteilen, wird es schwieriger. Pistorius wäre gut beraten, Fachleute aus der Truppe zu holen. Die mögen im Einzelfall unbequemer sein, aber im Sinne des Ganzen besser für die Bundeswehr und die Sicherheit in Deutschland.

Angriff einer Richterin auf die Pressefreiheit

(red). Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit gab es vermutlich erstmals in der Geschichte Deutschlands einen massiven Angriff auf die Pressefreiheit. Journalisten genießen in Deutschland zu Recht einen sogenannten Quellenschutz. Das heißt, wenn sie einem Informanten gegenüber versichern, dass ihre Information geheim bleibt, dann kann kein Gericht sie zwingen, diese Information preiszugeben. Diese Pressefreiheit ist ein hohes Gut.

Massiver Angriff

Unfassbar, was sich jetzt eine Richterin im Entführungsfall der Familie Block anmaßte. Es geht bei der Hamburger Unternehmerin und Mutter um die Frage, ob sie jemanden beauftragt hat, zwei ihrer Kinder gegen deren Willen und rechtswidrig aus dem Haus des Vaters zu entführen. Das kann an dieser Stelle inhaltlich auch nicht ansatzweise beantwortet werden. Bekannt ist allerdings, dass eine der Töchter einer großen bundesdeutschen Zeitung ein Interview gegeben hat. Daraufhin hat die entsprechende Richterin bewaffnete Polizei losgeschickt, um das auf Tonband aufgezeichnete Interview zu bekommen. Dies ist ein grundgesetzwidriger Eingriff in die Pressefreiheit. Sollte das Schule machen, gibt es keine freie Presse mehr, sondern, wie Harald Martenstein schrieb, eine vom Staat kontrollierte.

Verteidigungsminister Pistorius (SPD) unter Druck

Milliarden Euro in den Sand gesetzt?

(red). Vor rund sechs Jahren wurden aufgrund eines Bundestagsbeschlusses vier Fregatten für die Marine bestellt, im Jahr 2024 zwei weitere. Ursprüngliche Kosten 10 Milliarden Euro. Am 24.6.2026 teilte das Verteidigungsministerium mit, dass man von der Bestellung des größten Kriegsschiffes der Bundeswehr wegen Verzögerungen und Problemen Abstand nehme, da die Kosten deutlich gestiegen seien.

Spätestens hier stellt sich die bei vielen öffentlichen Ausschreibungen grundsätzliche Frage, warum öffentliche Ausschreibungen oftmals teurer werden müssen. Es bestünde theoretisch und praktisch durchaus die Möglichkeit, mit Festpreisen und einem geringen variablen Preisdeckel zu arbeiten. Betroffen vom Stopp die niederländische Damen-Werft. In der Peene-Werft in Wolgast liegt aktuell ein halbfertiger Rumpf, der jetzt verschrottet werden muss, 2,3 Milliarden Steuergeld sind weg. Die Niederländer haben jetzt eine Schadenersatzklage in der Größenordnung von 4,7 Milliarden Euro eingereicht. Weitere Folgeanträge könnten kommen.

Gschmäckle

Ein besonderes Gschmäckle besteht darin, dass Pistorius am 24.6. einerseits das Projekt F 126 stoppte, um gleichzeitig acht kleinere Fregatten vom Konkurrenzunternehmen Thyssen-Krupp Marine Systems zu favorisieren. Diese ersten vier Fregatten sollten 6,3 Milliarden Euro kosten, vier mögliche weitere 5,3 Milliarden. Das Pikante an der Geschichte ist, dass erstens die Firma ThyssenKrupp bei der Ausschreibung für das erste Projekt Konkurrent der Damen-Werft war und unterlag, und dass der jetzige Wechsel ohne (!) Ausschreibung erfolgte. Chef von ThyssenKrupp Marine Systems ist Oliver Burkhard, Mitglied der SPD, der mit der Spitze des Verteidigungsministeriums, also Minister und Staatssekretär, einige Male telefoniert hat, so dass CDU-Haushaltspolitiker Andreas Mattfeldt von einem „seltsamen Verlauf“ sprach, der sicherlich der Aufklärung bedarf.

Bundesregierung will Sozialbetrug durch EU-Zuwanderer bekämpfen

(red). Geht es nach dem Willen von Innenminister Alexander Dobrindt CSU) soll der Missbrauch von Sozialleistungen effektiver bekämpft werden. Konkret geht es schwerpunktmäßig um den Leistungsmissbrauch durch EU-Zuwanderer. Ein großes Problem gerade in Ballungsgebieten, gerade in NRW, aber nicht nur dort.

Rechtliche Grundlage

Die EU-Bürger haben prinzipiell das Recht, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten. Dazu braucht man keine Arbeitserlaubnis. Man muss aber spätestens nach drei Monaten Aufenthalt entweder einer Arbeit nachgehen oder über genügend eigenes Geld für den Lebensunterhalt für sich und die Familie verfügen.

Theorie und Praxis

Soweit die gutgemeinte Theorie, die in der Praxis häufig durch kriminelle Banden gerade aus Ost- und Südosteuropa gnadenlos ausgenutzt wird. Sie betätigen sich hier als „Arbeitgeber“, beschäftigen in Minijobform scheinbar Mitarbeiter, die durch diese „Beschäftigung“ die Voraussetzung einer Arbeitsaufnahme erfüllen. Da sie damit natürlich nicht auskommen, kann für sie beim Jobcenter die aufstockende Hilfe zum Lebensunterhalt beantragt werden, darunter Wohngeld, Kindergeld und andere Sozialleistungen. Das heißt, gemessen an den hiesigen Sozialleistungen erhält man für Nichtstun häufig das Vielfache einer Arbeit im jeweiligen Herkunftsland. Diese Sozialleistungen werden von den Banden dann allerdings zu einem hohen Prozentsatz abgeschöpft. Der Dumme ist der Steuerzahler.

Datenabgleich

Was jetzt geplant ist, hätte eigentlich schon vor vielen, vielen Jahren erfolgen müssen, nämlich ein umfassender Datenaustausch zwischen Sozial-, Ausländer-, Finanz-, Melde-, Bau- und Sicherheitsbehörden sowie Krankenkassen und Pflegekassen.

Damit können Doppelstrukturen und Betrügereien neben einigen anderen Maßnahmen deutlich leichter erkannt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die entsprechenden Gesetzesgrundlagen sehr zeitnah vom Deutschen Bundestag auch tatsächlich beschlossen werden.

Wortbruch der Koalition

Zwei Steuererhöhungen – 1046 zusätzliche Beamte

(red). Im Koalitionsvertrag auf Seite 57, Kapitel 2.2, Zeile 1814 bis 1816, kann man Folgendes nachlesen: „Wir werden den Personalbestand in der Ministerial- und Bundestagsverwaltung sowie in bestimmten nachgeordneten Behörden bis zum Jahr 2029 um mindestens 8 Prozent reduzieren.“ Die Koalitionäre sind gut beraten, gelegentlich den Koalitionsvertrag noch einmal Revue passieren zu lassen, denn das, was jetzt geplant ist, ist ein glatter Bruch dieses Versprechens.

1046 Beamte sollen laut Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) kommen, um zwei Zusatzsteuern zu exekutieren. Dabei handelt es sich um die Zuckersteuer auf Getränke und eine weitere Steuer auf Plastikverpackungen. Klingbeil erhofft sich damit Mehreinnahmen von 2,5 Milliarden Euro. Im Übrigen auch keine Rede mehr davon, dass die Einnahmen der Zuckersteuer die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung in irgendeiner Form stabilisieren sollen, so wie es theoretisch einstmals angedacht war, sondern sie fließen in den allgemeinen aufgeblähten Bundeshaushalt. Von echten Sparbemühungen keine (!!!) Rede. Ein klassischer Wortbruch.

So wundert es nicht, dass sich der Bürger fragt, was man eigentlich noch glauben kann. Die Halbwertzeiten von Versprechungen oder Verträgen wie dem Koalitionsvertrag gehen überspitzt formuliert gegen Null. Und das spüren die Bürger. Deshalb muss sich die Politik in der Mitte Deutschlands nicht wundern, wenn der Vertrauensverlust rapide wächst.



Aus den Bundesländern

Berlin

Abschiebungen scheitern an fehlenden Fahrzeugen
Massive Kritik der Polizeigewerkschaften

(red). Über die Dysfunktionalität Berlins ist auch im „Wetzlar-Kurier“ schon des Öfteren berichtet worden. Ein weiteres Beispiel für einen versagenden Staat, in dem Fall ein Bundesland, ist die aktuelle Ausstattung von Polizei und Feuerwehr mit einsatzfähigen Fahrzeugen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) kritisiert aktuell, dass rund 5 Prozent der 3300 Einsatzfahrzeuge nicht betriebsbereit sind, so dass unter anderem mehrere geplante Abschiebungen scheiterten, weil die Kollegen nicht genügend Fahrzeuge hatten, um die Probanden morgens zum Flieger zu bringen. In die gleiche Kerbe schlägt auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die Beamten sähen sich oft verschlissenen Bremsen, Gurten, Gurtschnallen, Sitzpolstern und anderem mehr gegenüber.

Zustände erinnern an die Gründungsjahre von Pro Polizei Wetzlar

Autos würden bis zum Ende ihres Lebenszyklus heruntergeschrubbt, und selbst der Senat habe eingeräumt, dass es im Jahr 2025 einen prioritären Investitionsbedarf von über 140 Millionen Euro gegeben habe. Der Zustand der Autos erinnert noch an den der Dienstfahrzeuge des Landes Hessen im Jahr 1996. Unter anderem seien diese Zustände damals ein Grund gewesen, Pro Polizei Wetzlar zu gründen. Polizeiwagen sind nun einmal belastungsmäßig oft an der Grenze und können damit mit normalem Pkw-Verschleiß verglichen werden. Wer die Autos bis zum Verschleiß fährt, muss sich dann nicht über steigende Instandsetzungskosten wundern.

Falsche Prioritätensetzung

Wenn die Senat-Sprecherin erklärt, dass man den Sanierungsstau aufgrund der begrenzten Haushaltsmittel und gleichzeitig gestiegener Beschaffungskosten nicht im gewünschten Umfang realisieren könne, so wird daraus ausschließlich deutlich, dass die Prioritätensetzung in Berlin völlig falsch ist. Das wäre eines eigenen Artikels wert.

Bei der Feuerwehr noch schlimmer

Noch schlimmer ist die Lage bei der Feuerwehr in Berlin. Hier fehlen, wie die „Berliner Morgenpost“ berichtete, rund 20 Prozent (!!!) der Einsatzfahrzeuge. Dies geht an die Substanz gerade bei Krankentransporten, die dort traditionell auch die Feuerwehr durchführt, und geht natürlich an die Substanz bei großen Lagen und Katastrophen. Hier gilt im Grunde genommen das Gleiche wie bei der Polizei. Einfach eine falsche Prioritätensetzung. Und sollten SED/Linkspartei, Grüne und Sozialdemokraten eine Regierungskoalition beschließen, wird sich die Situation für die Berliner Polizei noch mehr verschlechtern. Die SED/Linkspartei hat ja bereits angekündigt, Polizeistellen streichen zu wollen.

Berlin

Erschütternde Schulstudie zum Thema Gewalt – Multi-Kulti hat ausgedient

(red). Vor wenigen Wochen ist das erstmals erhobene Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer von der seinerzeitigen Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch (CDU) vorgestellt worden. Sie unternahm den verdienstvollen Versuch, über Probleme nicht hinwegzusehen, sondern ohne Tabu die Realität darzustellen. Über 14.000 Schüler wurden befragt, über 2500 Lehrer und pädagogische Mitarbeiter. Deutlich über 50 Prozent der Lehrkräfte haben Gewalt und Konflikte an ihren Schulen als großes oder sehr großes Problem wahrgenommen.
Losgelöst von allen pädagogischen Problemen, die damit verbunden sind, gibt es schwerwiegende inhaltliche Probleme, denn 30 Prozent aller Pädagogen gaben an, dass der reguläre Schulbetrieb darunter in hohem Maße leide. Das heißt, die Unterrichtsziele, die man fachlich eigentlich habe, seien de facto nicht zu erreichen. Und sogar 80 Prozent der Lehrkräfte an Schulen mit besonders hoher Gewaltbelastung erklärten, dass diese Konflikte den Schulalltag erheblich belasten mit den gleichen Konsequenzen. 61 Prozent der Neuntklässler berichten, dass sie im laufenden oder vergangenen Schuljahr von Schülern beleidigt worden seien. 25 Prozent erklärten, dass man geschlagen, getreten oder geboxt worden sei. 9 Prozent berichteten von Erpressungen und 5 Prozent von Bedrohung mit Waffen.

Ursachen?

Bildungsforscher Ulrich Bauer von der Universität Bielefeld nannte eine Ursache für Gewalt und Konflikte in den Schulen, in denen hohe soziale Belastungen zusammenkommen würden, zum Beispiel Sekundarschulen ohne Oberstufe oder auch Gemeinschaftsschulen. Außerdem nannte er die Auswirkungen der Corona-Pandemie, familiäre Problemlagen und den Einfluss digitaler Medien.

Nur die halbe Wahrheit

Aufschlussreich die weiteren Erklärungsmuster, wonach 31 Prozent angaben, bestimmte politische Ansichten würden in der Schule nicht geduldet. 28 Prozent berichteten von Druck im Hinblick auf Geschlechterrollen, 11 Prozent von einem religiösen Anpassungsdruck, religiöse Regeln einzuhalten. Dieser Anteil war bei den muslimischen Schülern deutlich höher, während jüdische Schüler überdurchschnittlich oft angaben, ihre Religion nicht mehr offen zeigen zu können.

Anlass zur Sorge

Wenn 29 Prozent der gesamten befragten Neuntklässler erklären, dass religiöse Regeln Vorrang vor den Regeln der Schule haben sollten, und dieser Anteil bei muslimischen Schülern bei sage und schreibe 41 Prozent liegt, so berührt dies die Grundlage des Zusammenlebens. Wenn die Regeln des Koran, die Lehren des Propheten Mohammed höher gewichtet werden als schulische Regeln und damit Verhaltensweisen, die im Bürgerlichen Gesetzbuch nachzulesen sind, dann zeigt dies ein dramatisches Auseinandertriften der Gesellschaft.

Fehlende Handlungsmöglichkeiten

Die Vorsitzende der Berliner Schulleitungsverbände kritisierte die Politik, dass man zu wenig Handlungsmöglichkeiten habe, im Konfliktfall durchzugreifen. In Kurzform zusammengefasst sollte man das zwingend in Erwägung ziehen, was einige wenige erfolgreiche Schulversuche in Berlin schon einmal unter Beweis gestellt haben, und zwar, dass es funktioniert, Deutsch als Pflichtsprache auf dem Schulhof, im Unterricht sowieso, komplettes Handyverbot während der gesamten Schulzeit, bei fehlender Mitwirkung der Eltern Streichung von Kindergeld oder Sozialleistungen, gemeinnützige Tätigkeiten in der Schule, auf dem Schulhof, intensive Elternarbeit, knallharte Anforderungen in Sachen Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnung, Respekt, Fleiß, pädagogische Empathie, gepaart mit erzieherischer Stringenz. Das Ganze assistiert von Schulleitungen und Schulbehörden, die uneingeschränkt hinter ihren Pädagogen stehen, die häufig genug Probleme auffangen sollen, die ein gesellschaftliches Problem darstellten, wie es die Vorsitzende der Berliner Schulleitungsverbände zu Recht formuliert hat.

Hamburg

Kosten von 160 Mio. für Unterbringung von Asylanten in Hotels

(red). Im letzten Jahr hat die Hansestadt Hamburg alleine für die Unterbringung von Asylanten in Hotels im Stadtgebiet rund 160 Millionen Euro gezahlt. Ein Platz im Rahmen der Hotelunterbringung kostete im Durchschnitt rund 82 Euro pro Person und Tag inklusive Cateringversorgung. Und das sind nur die Kosten für die Unterbringung. Hinzu kommen Kosten für den Lebensunterhalt, für die Krankenversorgung und vieles andere mehr. Spätestens hier fragt man sich als normaler Bürger, mit welchem Recht der Hamburger Senat, und das gilt für viele andere Bundesländer logischerweise genauso, so viel Geld für Menschen ausgibt, die zu einem nicht unerheblichen Prozentsatz keinerlei Aufenthaltsrecht haben.
In keinem Land der Welt sind die Sozialhilfesätze, die Anreize, nach Deutschland zu kommen, so hoch wie in Deutschland. Die steuerliche Belastung in Deutschland ist überproportional hoch, die Kriminalität überproportional mit Migration verbunden. Die Infrastruktur in Form von Autobahnen, Autobahnbrücken, Landstraßen, kommunalen Straßen verfällt zusehends, weil auch die Kommunen in den letzten Jahren staatlicherseits Aufgaben aufgezwungen bekommen haben, ohne dass sie die entsprechenden Gegenmittel von der jeweils höheren Ebene für die Zusatzaufgaben erhalten haben, so dass sie ihrerseits vor Ort in der Regel gar nicht in der Lage sind, die Straßen auf Vordermann zu bringen. Wer durch Wetzlar fährt, und Wetzlar ist austauschbar mit vielen anderen Städten, wird dies tagtäglich bemerken. Das Gleiche gilt für viele Landstraßen, die häufig eher einer Teststrecke für Stoßdämpfer ähneln, als einer gut befahrbaren Landstraße.
So lange die Politik nicht in der Lage oder willens ist, das zu ändern, die Grünen und die SPD-Linkspartei plädieren ja weiter für eine Politik der offenen Grenzen, in Teilen auch die SPD, muss man sich nicht wundern, wenn die politische Mitte erodiert.

Hessens Ministerpräsident Boris Rhein hat recht

Das Stadtbild hat sich deutlich verändert

(red). Als Bundeskanzler Friedrich Merz letztes Jahr davon sprach, dass sich das Stadtbild in den deutschen Städten verändert habe, gab es sofort mediale „Prügel“ von der Fraktion der Woken, der Guten und der Multi-Kulti-Fans. Leider ruderte Merz zurück, statt standhaft bei seiner Position zu bleiben, die in der Sache ja völlig richtig ist.
Anders sein Parteikollege, Hessens Ministerpräsident Boris Rhein, der vor wenigen Tagen in einem Interview deutlich machte, dass sich das Stadtbild in den deutschen Städten verändert habe. Die Migrationskrise, so Rhein, sei „natürlich noch nicht gelöst“, womit er völlig recht hat. Er verwies auf die Probleme mit der Kriminalität von zugewanderten Menschen. Auch dies völlig korrekt. Ebenso seine Analyse, dass es eine Einwanderung in die Sozialsysteme gebe. Eine wohltuend richtige Analyse, die sich von der inzwischen zurückgetretenen Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) deutlich abgrenzt, die davon sprach, es gebe keine Zuwanderung in die Sozialsysteme.

Übliche Reflexe

Der grüne Fraktionsvize Konstantin von Notz nannte es „bemerkenswert, wie gering die Lernkurve bei einigen in der Union“ sei und warf Rhein vor, mit subjektiven Klischees zu arbeiten. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SED/Linksfraktion, Clara Bünger, kritisierte Rhein, dass dieser über eine angebliche Einwanderung in die Sozialsysteme spreche. Sie hat genauso wenig gelernt wie Bärbel Bas. Unterstützung hingegen von der AfD, die darauf hinwies, dass zwar die Asylbewerberzahlen grundsätzlich zurückgegangen seien, aber dennoch über Asylanträge und vor allen Dingen Familiennachzug im vergangenen Jahr „wieder zwei Großstädte dazugekommen“ seien. Erfreulich, dass sich Boris Rhein in der ihm eigenen Klarheit und Standfestigkeit dieser Thematik angenommen hat.

IM WETZLAR-KURIER INSERIEREN
Das spricht für uns:
- Hohe Auflage
- günstige Preise
- alle Anzeigen im Redaktionsteil
- 110000 Exemplare

Unternehmerverband Mittelhessen fordert Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben sowie flexiblere Arbeitszeiten

Vortragsabend mit Katrin-Cécile Ziegler zum Thema „Das neue Wir. Mensch und KI“

Wetzlar. Herborn. Zum jährlichen Vortragsabend konnte der Unternehmerverband Mittelhessen zahlreiche Besucherinnen und Besucher in der Kulturscheune Herborn begrüßen. Der Vorsitzende Klaus-Achim Wendel eröffnete die Veranstaltung und nahm in seiner Ansprache Bezug auf zentrale wirtschaftspolitische Herausforderungen, die die heimischen Betriebe zunehmend belasten. Dabei verwies er insbe-sondere auf die Steuerpolitik, steigende Sozialversicherungsbeiträge und die notwendige Modernisierung des Arbeitszeitrechts.

„Die Bundesregierung will den Wirtschaftsstandort stärken. Gleichzeitig drohen mittelständischen Unternehmen neue steuerliche Belastungen. Das passt nicht zusammen“, kritisierte Wendel. Die geplante stärkere Besteuerung im Rahmen der sogenannten „Reichensteuer“ treffe keineswegs nur vermögende Privatpersonen, sondern auch zahlreiche familiengeführte Unternehmen und Personengesellschaften. „Viele Mittelständler versteuern ihre Gewinne über die Einkommensteuer und lassen diese Mittel im Unternehmen, um in Maschinen, Digitalisierung, Dekarbonisierung oder Forschung und Entwicklung zu investieren. Wer diese Unternehmen zusätzlich belastet, entzieht ihnen Geld für genau die Zukunftsinvestitionen, die unser Standort jetzt dringend braucht. Unsere wirtschaftspolitische Aufgabe muss lauten: Investitionen fördern, Unternehmen steuerlich entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes nachhaltig stärken“, so der Vorsitzende.



Bild: Unternehmerverband Mittelhessen / Max Schmidt v.l.: Maik Wiegelmann, Fritz Georg Rincker, Katrin-Cécile Ziegler, Klaus-Achim Wendel und Sascha Drechsel

Dringenden Handlungsbedarf sieht der Unternehmerverband auch bei den Sozialversicherungen. Die Lohnnebenkosten lägen inzwischen bei mehr als 42 Prozent und belasteten Unternehmen wie Beschäftigte gleichermaßen. „Arbeit wird immer teurer. Beschäftigte haben weniger Netto vom Brutto und Unternehmen müssen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation immer höhere Kosten schultern“, erklärte Wendel. Zusätzliche Belastungen durch steigende Beitragsbemessungsgrenzen verschärften die Situation weiter. „Unser Ziel muss sein, die Sozialversicherungsbeiträge zu stabilisieren und dauerhaft unter 40 Prozent zu halten.“

Als dritten Schwerpunkt nannte Wendel die Modernisierung des Arbeitszeitrechts. Mobile Arbeit, digitale Prozesse und projektbezogene Tätigkeiten hätten die Arbeitswelt grundlegend verändert. „Unser Arbeitszeitrecht muss endlich mit der betrieblichen Realität Schritt halten. Es geht ausdrücklich nicht darum, länger zu arbeiten, sondern Arbeitszeit flexibler verteilen zu können“, betonte der Unternehmer. Davon könnten beide Seiten gleichermaßen profitieren: Betriebe könnten Auftragsspitzen besser bewältigen und Beschäftigte Beruf, Familie und private Verpflichtungen flexibler miteinander vereinbaren. „Wir brauchen praktikable Regeln, die Vertrauen schaffen und den Betrieben echte Gestaltungsspielräume eröffnen.“

Anschließend widmete sich der Vortragsabend dem Thema „Das neue Wir. Mensch und KI“. Katrin-Cécile Ziegler nahm verbreitete KI-Mythen unter die Lupe und zeigte Chancen, Herausforderungen und Risiken der technologischen Entwicklung auf. Entscheidend sei dabei stets die Frage, wer von einer Entwicklung profitiere. Je mehr Aufgaben durch KI übernommen werden könnten, desto wichtiger werde zugleich die menschliche Verantwortung. „Eine der größten Gefahren der KI für unsere Gesellschaft ist die Einsamkeit. Denn wenn künstliche Intelligenz rundum perfekt ist und sie in allen Bereichen des Lebens zurate gezogen wird, werden zwischenmenschliche Beziehungen immer schwieriger und unsere Netzwerke werden verschwinden.“ Ziegler betonte aber auch, dass gleichzeitig große Chancen von KI, etwa in Gesundheit und Bildung, noch zu wenig diskutiert und genutzt würden. „Kapital fließt nun mal dorthin, wo der Rückfluss schnell ist. Nicht dorthin, wo der Wert groß ist. Wo einer profitiert, geht es schnell. Wo viele profitieren, passiert nichts.“ Das Fazit der KI-Ökonomin lautete daher: Genau hinsehen, Potenziale ausschöpfen und dabei den Menschen und das Miteinander nicht aus dem Blick verlieren. Denn: „Netzwerke sind wie eine Infrastruktur. Sie halten unsere Gesellschaft zusammen.“

MIT Lahn-Dill: „Wirtschaft im Gespräch“ hat sich als feste Größe etabliert

Großes Interesse an Künstlicher Intelligenz beim Mittelstandsabend in der GEWOBAU Wetzlar
MIT Lahn-Dill verzeichnet Mitgliederwachstum von 20 Prozent

(O.W.) Die Veranstaltungsreihe „Wirtschaft im Gespräch“ der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Lahn-Dill entwickelt sich zunehmend zu einem festen Treffpunkt für Unternehmer, Selbstständige, Führungskräfte und wirtschaftspolitisch Interessierte in der Region. Auch die jüngste Veranstaltung in den Räumlichkeiten der GEWOBAU Wetzlar zeigte, dass der Bedarf an Information, persönlichem Austausch und wirtschaftspolitischer Diskussion groß ist.



Im Mittelpunkt des Abends stand die Frage: **„Kommt der kleinere Mittelstand zukünftig ohne Künstliche Intelligenz aus?“** Als Referent konnte die MIT Lahn-Dill Fabian Sauer gewinnen, der den zahlreichen Gästen praxisnah erläuterte, welche Chancen die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz gerade für kleine und mittelständische Unternehmen bietet. Nach der Begrüßung durch den MIT-Kreisvorsitzenden Oliver Wild stellte Johannes Raabe die GEWOBAU als Gastgeber des Abends vor.

Fabian Sauer zeigte in seinem Vortrag eindrucksvoll, dass Künstliche Intelligenz längst keine Zukunftsvision mehr ist, sondern bereits heute in vielen betrieblichen Bereichen sinnvoll eingesetzt werden kann. Dabei ging es weniger um theoretische Möglichkeiten als vielmehr um konkrete Anwendungen, mit denen Unternehmen Arbeitsabläufe vereinfachen, Zeit sparen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können.

Besonderes Interesse Einsatz von KI

Besonderes Interesse fanden die Ausführungen zum Einsatz von KI auf eigener Hardware, wodurch sensible Unternehmensdaten geschützt und Abhängigkeiten von externen Anbietern reduziert werden können. Auch die Möglichkeiten einer intelligenten betrieblichen Planung, beispielsweise bei der Organisation von Arbeitsabläufen oder der wetterabhängigen Grünflächenpflege, verdeutlichten das Potenzial dieser Technologie.

Veranstaltungsreihe entwickelt sich zur festen Institution

Mit der Veranstaltungsreihe „Wirtschaft im Gespräch“ verfolgt die MIT Lahn-Dill das Ziel, aktuelle wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Fragestellungen aufzugreifen und mit kompetenten Referenten sowie interessierten Gästen offen zu diskutieren.

Die Veranstaltungen finden regelmäßig **am letzten Mittwoch eines Monats um 19 Uhr** statt. Dabei setzt die MIT bewusst auf eine Mischung aus fundierten Informationen, praxisnahen Vorträgen und persönlichem Austausch. Im Anschluss an den offiziellen Teil besteht bei einem kleinen Imbiss Gelegenheit, Gespräche zu vertiefen, Kontakte zu knüpfen und neue Netzwerke aufzubauen.

Dass sich dieses Konzept bewährt, zeigt die positive Entwicklung der Veranstaltungsreihe. Die Abende werden zunehmend als Plattform für den Austausch zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wahrgenommen.

„Wir freuen uns sehr darüber, dass sich unser Format inzwischen fest etabliert hat. Unser Anspruch ist es, nicht nur über die Probleme des Mittelstands zu sprechen, sondern konkrete Informationen, neue Impulse und vor allem Möglichkeiten zum persönlichen Austausch anzubieten. Die positive Resonanz bestätigt uns darin, diesen Weg konsequent weiterzugehen“, betont Wild.

MIT Lahn-Dill wächst um 20 Prozent

Erfreulich entwickelt sich auch die Mitgliederzahl der MIT Lahn-Dill. Bereits im laufenden Jahr konnte der Kreisverband seine Mitgliederzahl um rund **20 Prozent steigern**.

Für den Kreisvorsitzenden ist dies ein deutliches Zeichen dafür, dass die politische Interessenvertretung des Mittelstands und der persönliche Austausch vor Ort zunehmend an Bedeutung gewinnen.

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht der Mittelstand eine starke Stimme. Unsere Unternehmen stehen vor enormen Herausforderungen – von steigenden Kosten und zunehmender Bürokratie über den Fachkräftemangel bis hin zu Fragen der Digitalisierung und der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Umso wichtiger ist es, dass sich Unternehmer und wirtschaftlich interessierte Menschen zusammenschließen und ihre Interessen gemeinsam vertreten“, so Wild.



CDU Lahn-Dill erinnert am Tag der Deutschen Einheit an die fortwirkenden Spuren der Teilung

Historiker Dr. Hubertus Knabe spricht in Wetzlar über Ost-West-Unterschiede, politische Debatten und die Entfremdung zwischen Regierung und Volk

(J.E.) Anlässlich des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober lud die CDU Lahn-Dill zu einer Veranstaltung in die Blattform nach Wetzlar ein. Als Gastredner begrüßte sie den Berliner Historiker Dr. Hubertus Knabe, den Gründungsdirektor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. In seinem Vortrag beleuchtete Knabe auf anschauliche und zugleich nachdenkliche Weise, wie die deutsche Teilung und der Ost-West-Konflikt bis heute in den Köpfen vieler Menschen nachwirken.

Dabei stellte Knabe ins-besondere die verbreitete Vorstellung infrage, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland weiterhin die entscheidenden gesellschaftlichen Gegensätze prägten. Das häufig bemühte Gerede über Unterschiede zwischen Ost und West sei statistisch längst widerlegt. Dennoch würden entsprechende Debatten von manchen Politikern weiterhin aufgegriffen, um auf Stimmenfang zu gehen.

Knabe lenkte den Blick stattdessen auf eine aus seiner Sicht wesentlich grundlegendere Herausforderung für unser Land. Er formulierte: „Das wirkliche Problem der Deutschen in Sachen Uneinheit ist die Entfremdung zwischen Regierung und Volk und nicht zwischen Ost und West.“ Damit setzte er einen deutlichen Impuls für die anschließende Auseinandersetzung mit der Frage, was Deutschland heute zusammenhält und wo politische Verantwortung gefragt ist.

Zuvor hatte der CDU-Kreisvorsitzende Johannes Volkmann die Gäste begrüßt und in seinem Grußwort die Bedeutung des Nationalfeiertags hervorgehoben. Mit Blick auf andere



v.lks.: Frank Steinraths, Rebecca Neuburger-Hees, Hans-Jürgen Irmer, Kerstin Hardt-El Ansari, Leo Müller, Lisa Schäfer, Dr. Hubertus Knabe, Anna-Lena Bender, Jannes Emmrich, Johannes Volkmann

Staaten, in denen nationale Feiertage vielfach mit großem Selbstverständnis und sichtbarem Patriotismus begangen werden, warb er dafür, auch in Deutschland das Bewusstsein für die eigene Nation und ihre Geschichte zu stärken. Der Tag der Deutschen Einheit sei nicht nur ein Anlass, auf die friedliche Revolution und die Wiedervereinigung zurückzublicken, sondern auch eine Gelegenheit, sich der gemeinsamen Werte und der Verantwortung für die Zukunft des Landes bewusst zu werden.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass die deutsche Einheit mehr bedeutet als die Überwindung einer geografischen Grenze. Sie ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe, die vom gegenseitigen Verständnis, vom Zusammenhalt und von einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Bürgern und Politik lebt. Der Vortrag von Dr. Hubertus Knabe bot den Teilnehmern dafür neue Perspektiven und regte dazu an, verbreitete Vorstellungen über die deutsche Gesellschaft kritisch zu hinterfragen.

Sinn

Döring-Gelände entwickeln – aber verantwortungsvoll und mit Augenmaß

(C.H.) Die CDU-Fraktion hat in der vergangenen Sitzung der Gemeindevertretung dem geplanten Abriss der ehemaligen Doering-Gießerei nicht zugestimmt. Dabei stellt die Fraktion klar: Sie steht weiterhin ausdrücklich zur Entwicklung des Döring-Geländes.

„Wir wollen eine Aufwertung des Sinner Ortskerns, eine sinnvolle Nachnutzung und perspektivisch auch Wohnraum“, erklärt Christian Zöbisch (CDU-Fraktionsvorsitzender). „Unser Nein richtete sich nicht gegen die Entwicklung des Geländes, sondern gegen den aus unserer Sicht zu frühen Abrisszeitpunkt und die noch offenen Fragen unter den aktuellen Haushaltsbedingungen.“

Aus Sicht der CDU fehlen weiterhin wichtige Grundlagen für eine belastbare Entscheidung. So gibt es bislang keinen Bebauungsplan und auch die konkreten Möglichkeiten einer späteren Wohnbebauung seien noch nicht abschließend geklärt. Besonders relevant sei dabei die unmittelbare Nähe zu weiterhin bestehender Industrie. Fragen des Lärmschutzes und anderer Immissionen müssten geklärt sein, bevor unumkehrbare Fakten geschaffen würden.

Auch bei den Kosten sieht die CDU erheblichen Klärungsbedarf. Für den Abriss lagen zwei Angebote vor, die sich um rund 670.000 Euro unterscheiden. Bei mehreren Positionen liegen die Ansätze der beiden Unternehmen jeweils min-destens 100 Prozent auseinander.

„Bei einem Projekt dieser Größenordnung müssen wir verstehen, woher solche Unterschiede bei den Abrisskosten kommen, und welche Risiken dahinterstehen“, erklärt die CDU. Be--sonders problematisch sei, dass sowohl aus dem Kreis der Gemeindevertretung als auch aus der Verwaltung im persönlichen Gespräch die Einschätzung geäußert worden sei, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Nachträgen und steigenden Kosten zu rechnen sei.

Für die CDU ist das eine Frage der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern: Jeder Euro, der durch zusätzliche Kosten entsteht, muss letztlich von der Gemeinde und damit von der Allgemeinheit getragen werden.

Auch die Möglichkeit, zumindest Teile des bestehenden Gebäudebestands zu verkaufen, hätte aus Sicht der CDU zunächst näher geprüft werden sollen. Nach Kenntnis der Fraktion besteht für einen Teil des Geländes konkretes Kaufinteresse. Ein Teilverkauf könnte Abrisskosten vermeiden und gleichzeitig Einnahmen generieren.

Kritisch sieht die CDU zudem den zeitlichen Ablauf: Am 16. Juni beschloss die Gemeindevertretung einstimmig, die Investitionsmittel für den Abriss auf 2027 zu verschieben. Bereits am 17. Juni wurde dennoch die Ausschreibung mit einem vorgesehenen Abrissbeginn 2026 veröffentlicht. Aus Sicht der CDU ist dies kein gutes Signal für die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung.

Der Abriss wurde schließlich mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion in einer namentlichen Abstimmung beschlossen und die Entscheidung aus dem Juni wurde verworfen.

Die Gemeindeverwaltung (Bauamt) kündigte auf Nachfrage der Fraktion an, dass der Abriss nach dem Beschluss der Gemeindevertretung Ende September oder Anfang Oktober beginnen solle.

Die CDU-Fraktion bedauert, dass ihr Vorschlag, zunächst noch offene Fragen zu klären und Risiken besser abzuwägen, keine Mehrheit gefunden hat. „Wir hätten uns gewünscht, dass wir uns die notwendige Zeit nehmen, um eine möglichst belastbare und risikoarme Entscheidung zu treffen. Des Weiteren wäre es uns wichtig gewesen, dass zunächst die längst überfällige Bauleitplanung für das Areal zum Abschluss kommt, bevor man den nun beschlossenen Abriss vollzieht. Eine Gemeinde sollte im Sinne der Stadtplanung wissen, was man auf diesem Geländer überhaupt umsetzen kann. Es ist schlicht nicht klar, ob die gemeindlichen Vorstellungen überhaupt aus Sicht der Stadtplanung umsetzbar sind.

Darüber hinaus war und ist es uns wichtig, dass nach einem möglichen Abriss eine schnelle Vermarktung der Flächen erfolgt, damit der gemeindliche Haushalt maximal entlastet wird. Nun sieht es vermutlich so aus, dass neben den Erwerbskosten auch der Abriss durch die Gemeinde vorfinanziert werden muss, bis ein Baurecht für eine Entwicklung vorliegt. Alleine die Kosten der Finanzierung dürfte in Summe einen Zinsbetrag von 150.000 € jährlich überschreiten.

Die CDU bleibt daher bei ihrer Haltung: *„Döring entwickeln – ja. Aber mit einer soliden Planung, überschaubaren Risiken und einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger“*, so Christoph Herr (Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes).

IM WETZLAR-KURIER INSERIEREN
Das spricht für uns:
- Hohe Auflage
- günstige Preise
- alle Anzeigen im Redaktionsteil
- 110000 Exemplare





CDU Haiger

Wenn es brennt, muss man den Brand löschen und darf nicht ziellos umherlaufen

(S.P.) Im Rahmen der diesjährigen Jahreshauptversammlung der CDU-Haiger gab es neben den Berichten aus Vorstand und Fraktion Ehrungen für langjährige Mitglieder (s.u.). Zudem wurden turnusgemäß die Kreisdelegierten gewählt und Bundestagsabgeordneter Johannes Volkmann gab einen Bericht über seine Arbeit in Berlin ab. Be seinem Jahresbericht ging Haigers CDU-Vorsitzender Sebastian Pulfrich zunächst auf die zurückliegende Bürgermeister- und Kommunalwahl ein. In Bezug auf die Bürgermeisterwahl bedauerte Pulfrich, dass es nicht gereicht habe, den Rathaussessel zu erobern. „Da wir gute Verlierer sind, habe ich noch am Wahlabend dem neuen Bürgermeister Christian Helfert gratuliert und ihm eine konstruktive Zusammenarbeit angeboten“, so Pulfrich. Zufriedener waren Haigers Christdemokraten mit der Kommunalwahl, bei der man, trotz mehrerer Gruppierungen aus dem konservativ-bürgerlichen Lager, über 30 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Pulfrich danke alle Aktiven für einen engagierten Wahlkampf.

Mit Blick nach vorne führte der Vorsitzende aus, dass es sehr wichtig sei, die Wichtigkeit der CDU in der Parteienlandschaft zu betonen. In Zeiten wie diesen sei es elementar, Menschen inhaltlich mitzunehmen und ihre Sorgen nicht unter den Teppich zu kehren. „Als CDU kommt uns in der bundesdeutschen Geschichte eine Schlüsselposition zu, da es immer mehr Gefahren von links und rechts gibt“, betonte Pulfrich. Haigers neuer Fraktionsvorsitzender Manuel Georg blickte auf einen guten Start der neu gewählten Fraktion zurück. Neben bewährten Kräften sei man froh, auch neue und junge Gesichter begrüßen zu können. Bezüglich der Kommunikation blickte der Fraktionsvorsitzende selbstkritisch auf die Außenwirkung in Bezug auf die Stadthallendiskussion zurück. „Wir hatten eine gute und überlegenswerte Idee, haben es aber nicht verstanden, diese in der Breite zu erklären“, so Georg.



CDU-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordnete Johannes Volkmann gab spannende Einblicke über seine Arbeit in Berlin. „Er spüre in vielen Gesprächen, dass die Bürger unzufrieden seien“, so Volkmann. Dies nehme er sehr erst und sei deshalb viel in seinem Wahlkreis unterwegs, um Transparenz zu schaffen. „Es gibt aktuell viel Gutes, über das aber viel zu wenig gesprochen wird“, so Volkmann. Selbstkritisch verglich Volkmann die aktuelle Situation seiner Partei mit einem Brand, bei dem es wichtig sei, diesen zu löschen, anstatt ziellos umherzulaufen. „Die CDU ist eine großartige Partei und es kommt gerade jetzt auf uns an, in welche Richtung Deutschland in den nächsten Jahren steuert“, so Volkmann abschließend. Im Rahmen der Jahreshauptversammlung wurden noch zwei Mitglieder geehrt: Sascha Panten und Sebastian Pulfrich sind beide 25 Jahre Mitglied in der CDU. Im Rahmen der diesjährigen Jahreshauptversammlung wurden die beiden Kommunalpolitiker von Bundestagsabgeordneten Johannes Volkmann für eure Treue ausgezeichnet. Neben einer Urkunde und einer Anstecknadel gab es einen CDU-Schal als Präsent. Sascha Panten war Stadtverordneter in Haiger und Mitglied des Stadtverbandes. Aktuell ist er Mitglied des Kreistages und Mitglied im Kreisvorstand der CDU Lahn-Dill. Haigers CDU-Vorsitzender Sebastian Pulfrich ist seit 25 Jahren durchgängig Mitglied im Vorstand des CDU-Stadtverbandes (seit 2009 als Vorsitzender). Zudem war er Mitglied der Haigerer Stadtverordnetenversammlung und von 2016 bis 2021 Erster Stadtrat. Im Kreis war Pulfrich zudem zwei Jahre stellv. Kreisvorsitzender. Aktuell ist er Mitglied des erweiterten Kreisvorstandes. „Dank so toller Kollegen wie euch wird unsere CDU mit Leben gefüllt“, so Johannes Volkmann am Ende der Veranstaltung.

Aquarellkalender 2027

„Mit dem Skizzenblock durch Wetzlar“

(D.J-R.) Seit siebzehn Jahren gestaltet die Wetzlarer Künstlerin Doris Jung-Rosu einen Jahreskalender mit Wetzlarer Motiven im DIN A 4 Format. Die Motive für die Bilder stammen allesamt von Ralf Schnitzler. Das Titelbild zeigt das neue Stadthaus am Dom mit neuer Außengastronomie. Den beliebten Plätzen Eisenmarkt und Kornmarkt ist jeweils ein Blatt gewidmet. Bismarckturm und Brühlsbacher Warte sind ebenso vertreten wie das neue Natur-Freibad an der Lahn und die neue Lahnpassage hinter der Bahnhofstraße. Die Alte Lahnbrücke darf natürlich auch nicht fehlen: Einmal mit dem Dom und einmal mit der Hospitalkirche. Alle Bilder sind in der „Pen&Wash“- Technik gemalt, sind also kolorierte Tuschezeichnungen. Der Kalender 2027 ist zum Preis von 18 € im Wetzlarer Buchhandel erhältlich oder kann unter 06443 2027 bestellt werden.



Jahreshauptversammlung der CDU Oberscheld

Neue „Glück-Auf-Halle“ 2027 fertig

(U.B.) In der jüngsten Jahreshauptversammlung des CDU Ortsverbandes Oberscheld konnte Uwe Brückmann, Vorsitzender des Ortsverbandes, auch den Bundestagesabgeordneten Johannes Volkmann sowie den Kreistagsvorsitzenden Leo Müller und die Kreistagsabgeordnete Nicole Petersen recht herzlich begrüßen.



vlk.: Theo Saur, Leo Müller, Johannes Volkmann, Uwe Brückmann, Maik Feindler, Torben Nachtigall sowie Kevin Deusing.

Brückmann ging in seinem Bericht auf die Arbeit im Ortsverband ein. Erfreut zeigt sich die CDU Oberscheld über den aktuellen Baustand der neuen Glück-Auf-Halle, wo vor wenigen Wochen das Richtfest gefeiert werden konnte. Mit der Fertigstellung und Einweihung wird im letzten Quartal 2027 gerechnet. Auch wurde das neue Hochwasser-Rückhaltebecken Schelde im Sommer dieses Jahres offiziell eingeweiht. „Wir sind froh, durch dieses Bauwerk mehr Sicherheit für die Oberschelder Bevölkerung zu erhalten, damit ein Hochwasser wie das im Jahre 2006 nicht noch einmal Oberscheld einen so hohen Schaden zufügen kann“, so Brückmann.

Der Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände des ehemaligen Roncalli-Hauses ist die nächste, große Baumaßnahme, welche in Oberscheld in den nächsten Jahren ansteht. Der jetzige Kindergarten ist in einem baulichen – nicht mehr tragbaren Zustand und eine kostenbegründende Sanierung nicht mehr möglich.

Johannes Volkmann ging in seiner Rede auf aktuelle Themen aus Berlin ein. Volkmann gab spannende Einblicke über seine Arbeit in Berlin. „Ich spüre in vielen Gesprächen, dass die Bürger unzufrieden sind“; dies nehme ich sehr ernst und bin deshalb auch viel im Wahlkreis unterwegs, um Transparenz zu schaffen.“ Es gibt aktuell viel Gutes, über das aber viel zu wenig gesprochen wird, so Volkmann. Selbstkritisch verglich Volkmann die aktuelle Situation seiner Partei mit einem Brand, bei dem es wichtig sei, diesen zu löschen, anstatt ziellos umherzulaufen. Die CDU ist eine großartige Partei und es kommt gerade jetzt darauf an, in welche Richtung Deutschland in den nächsten Jahren steuert.“

Bei dem anschließenden Schlachtplatten-Essen wurden zudem auch die Stadtverbandsvorsitzende Franziska Blicker sowie der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Dillenburger Stadtparlament, Wolfgang Nickel und viele weitere Gäste herzlich begrüßt. Musikalisch wurde der Abend durch Hansi Überall sowie Thomas Jopp bereichert.







Bürgerinitiative Schöffengrund:

Geplante Windkraftanlagen bei Oberwetz: Sorge um den Oberwetzer Wald

(J.H.) Schon vor mehr als zehn Jahren zeigte sich, dass das Waldgebiet am Köhlerberg bei Oberwetz für Windenergieanlagen nicht geeignet ist. Das damals vorgesehene Vorranggebiet wurde vom Regierungspräsidium nachträglich aus der Windkraftplanung herausgenommen – und das aus gutem Grund: Das hohe Vorkommen windkraftsensibler und streng geschützter Arten in diesem Waldgebiet war mit einer Nutzung als Windenergiestandort nicht vereinbar.

Nun unternimmt die Gemeinde Schöffengrund einen neuen Anlauf – diesmal nur wenige Meter weiter östlich des früheren Gebietes. Nach Aussage des Schöffengrunder Bürgermeisters geht es dabei auch darum, selbst von der Windenergie zu profitieren, anstatt lediglich auf die Anlagen der Gemeinde Langgöns zu schauen.

Im Langgönser Ortsteil Oberkleen besteht am Schalsberg ein Vorranggebiet für Windenergieanlagen. Erst kürzlich wurde der Beschluss „Kein Wind im Wald“, den die Langgönser Gemeindevertreter vor Jahren gefasst hatten, wieder aufgehoben und damit der Weg für Windkraftprojekte freigemacht. Daran schließen sich nun die Nachbarkommunen Schöffengrund und Hüttenberg an, obwohl sie in ihren Wäldern über kein Vorranggebiet für Windenergie verfügen.

Die drei Gemeinden haben eine interkommunale Zusammenarbeit beschlossen, die entsprechenden Verträge wurden unterzeichnet und eine gemeinsame Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit bereits aufgenommen.

Völlig außer Acht bleibt dabei, dass sich das Vorkommen streng geschützter Arten keineswegs auf das ehemalige Vorranggebiet am Köhlerberg beschränkt. Jüngste Erhebungen haben dies bestätigt. Damit zeichnet sich erneut ein grundlegender Konflikt zwischen den finanziellen Interessen der Kommunen und dem Arten- und Naturschutz ab: Natur- und Artenschutz kontra Profit.

Einnahmen erzielen die Kommunen unter anderem, indem sie kommunale Waldflächen an Windkraftbetreiber verpachten. Die gravierenden Eingriffe, die mit Windenergieanlagen im Wald verbunden sind, werden dabei aus Sicht der Bürgerinitiative ignoriert oder bagatellisiert. Für eine einzige Windenergieanlage können bis zu 10.000 Quadratmeter Waldfläche in Anspruch genommen werden; hinzu kommen große Mengen an Beton und Armierungsstahl für das Fundament.

Heiße Sommer zeigen, was wir gerade aufs Spiel setzen

Dieser Sommer hat unübersehbar gezeigt, was Hitze und Trockenheit für Mensch und Natur bedeuten. Ausgerechnet in einer solchen Situation muss man sich fragen, wie es zusammenpassen soll, ständig von Klimaschutz und Klimaanpassung zu sprechen und gleichzeitig einen unserer wichtigsten natürlichen Klimaschützer weiter unter Druck zu setzen: den Wald.

Ein intakter Wald ist keine beliebig verfügbare Fläche. Er spendet Schatten, speichert Wasser, schützt den Boden und kühlt durch Verdunstung seine Umgebung. Gerade während langer Hitzeperioden sind diese Funktionen von unschätzbarem Wert. Wer den Wald auflichtet, Flächen rodet, Böden durch schwere Maschinen belastet oder zusätzliche Schneisen und befestigte Wege hineinbaut, greift genau in dieses empfindliche System ein.

Und deshalb muss die Frage sehr deutlich gestellt werden: **Wie viel Wald wollen wir eigentlich noch opfern und gleichzeitig behaupten, dies geschehe im Namen des Klimaschutzes?**



Bei Windkraftanlagen im Wald geht es eben nicht nur um einige Quadratmeter für ein Fundament. Es geht auch um Zufahrten, Kranstellflächen, Montageflächen und weitere Infrastruktur. Dafür werden Flächen benötigt, Bäume müssen weichen und Bereiche dauerhaft freigehalten werden. Aus einem geschlossenen Waldgebiet wird damit an den betroffenen Stellen ein technisch erschlossener Standort.

Das darf man nicht kleinreden.

Ebenso wenig darf der Gemeindewald zu einer Fläche verkommen, bei der am Ende vor allem zählt, was sich wirtschaftlich aus ihm herausholen lässt. Selbstverständlich gehört eine nachhaltige Holznutzung zum Wald. Aber wenn wirtschaftlicher Druck dazu führen sollte, dass immer stärker eingeschlagen wird, während gleichzeitig weitere Flächen für Windenergie und Infrastruktur in Anspruch genommen werden sollen, dann ist irgendwann die Grenze dessen erreicht, was man noch glaubwürdig als „klimaangepasstes Waldmanagement“ verkaufen kann.

Man kann den Wald nicht gleichzeitig zum Klimaretter erklären und ihn Stück für Stück wirtschaftlichen und technischen Interessen unterordnen.

Besonders absurd wird dieser Widerspruch in heißen Sommern wie diesem. Während die Bevölkerung unter Hitze leidet und überall über Wassermangel, aufgeheizte Landschaften und die Folgen des Klimawandels gesprochen wird, müsste jeder noch vorhandene, funktionierende Wald eigentlich besonders geschützt werden.

Stattdessen droht genau das Gegenteil: Hier ein Holzeinschlag, dort eine neue Rückegasse, an anderer Stelle möglicherweise eine Zufahrt, eine Kranfläche oder ein Windkraftstandort. Jeder einzelne Eingriff lässt sich vielleicht für sich genommen erklären. Doch irgendwann muss jemand die entscheidende Frage stellen: **Was bleibt übrig, wenn man immer nur den einzelnen Eingriff betrachtet und niemals die Summe?**

Ein gefällter alter Baum ist nicht im nächsten Frühjahr ersetzt, nur weil irgendwo ein Setzling gepflanzt wird. Ein über Jahrzehnte gewachsener Wald lässt sich nicht nach Belieben auseinandernehmen und anschließend auf dem Papier als weiterhin vorhandene Waldfläche verbuchen. Seine ökologische Funktion entsteht aus seinem Zusammenspiel als Lebensraum, Wasserspeicher, Bodenschutz und Klimapuffer.

Was heute gefällt oder gerodet wird, spendet beim nächsten Hitzesommer keinen Schatten mehr. Es verdunstet kein Wasser mehr. Es bietet keinen Lebensraum mehr. Und ein Boden, der verdichtet oder dauerhaft für Infrastruktur beansprucht wird, erfüllt seine ursprüngliche Funktion nicht einfach unvermindert weiter.

Deshalb geht es inzwischen um mehr als einzelne Baumfällungen oder einzelne Windkraftanlagen. Es geht um eine grundsätzliche Entscheidung darüber, welchen Wert wir unserem Wald tatsächlich beimessen.

Ist der Oberwetzer Wald ein schützenswerter Lebensraum und Klimapuffer – oder wird er am Ende doch nur als verfügbare Wirtschafts- und Standortfläche betrachtet, solange sich für jeden einzelnen Eingriff irgendeine Begründung finden lässt?

Wer Klimaschutz fordert, muss sich diese Frage gefallen lassen. Und wer unter dem Schlagwort „Klimaangepasstes Waldmanagement“ öffentliche Fördermittel in Anspruch nimmt, muss erst recht transparent darlegen, wie der tatsächliche Umgang mit dem Wald zu diesem Anspruch passt.

Die Bürgerinitiative richtet sich nicht gegen eine sachgerechte und nachhaltige Waldbewirtschaftung. Sie verlangt aber endlich nachvollziehbare Antworten: Wie viel wurde eingeschlagen? Aus welchen Gründen? Welche weiteren Maßnahmen sind vorgesehen? Wie werden Bodenschutz, Wasserschutz, Habitatbäume, Totholz, Artenvielfalt und langfristige Klimaresilienz konkret berücksichtigt? Und vor allem: **Wie viele zusätzliche Eingriffe verträgt dieser Wald überhaupt noch?**

Denn Klimaschutz verliert seine Glaubwürdigkeit, wenn für seinen Namen genau die Natur geopfert wird, die uns vor den Folgen des Klimawandels schützen soll.

Einen Wald kann man nicht erst schwächen, auflichten und für technische Infrastruktur zerschneiden – und sich anschließend darüber wundern, wenn er Hitze und Trockenheit immer weniger entgegenzusetzen hat.

Die Gemeinde sollte deshalb nicht erst erklären, warum jeder einzelne Eingriff angeblich vertretbar ist. Sie sollte den Bürgern endlich erklären, **wie der Oberwetzer Wald in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren aussehen soll – und wie viel davon bis dahin noch übrig sein wird.**

Diese Antworten ist sie bislang schuldig geblieben.

EAK Lahn-Dill blickt auf die Situation der Christen im Iran

(J.E.) Wie ist die Situation der Christen im Iran, und welche Gefahren gehen vom islamistischen Regime aus? Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Lahn-Dill bei seiner Veranstaltung „Als Christen in einer unruhigen Welt – ein Blick in den Iran“.

EAK-Kreisvorsitzender Jannes Emrich begrüßte die Gäste und betonte die Bedeutung, auch in Zeiten internationaler Krisen den Blick auf die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen zu richten. Mahin Mousapour gab eindrückliche Einblicke in die Situation im Iran. Besonders betroffen seien christliche Konvertiten und Menschen, die ihren Glauben in Hausgemeinden lebten. Ein Glaubenswechsel könne weitreichende Folgen für das gesamte Leben haben – von der beruflichen und wirtschaftlichen Existenz bis hin zur Sicherheit der eigenen Familie.

Mousapour erinnerte daran, dass weltweit rund 388 Millionen Christen wegen ihres Glaubens Verfolgung und Diskriminierung erleben. Sie betonte, dass Christen in Europa diese Entwicklungen nicht als weit entfernt betrachten sollten. Vielmehr gelte es, sich auch hier für christliche Werte und Freiheiten einzusetzen. Die Einheit unter Christen sei wichtig, um diese Werte gemeinsam zu stärken, sichtbar zu leben und als Licht in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Die Theologin machte zugleich deutlich, dass sich ihre Kritik nicht gegen den persönlichen Glauben von Muslimen richte, sondern gegen den Missbrauch von Religion zur politischen Machtausübung und zur Einschränkung der Freiheit anderer. Landtagsabgeordneter Frank Steinraths ergänzte den Abend mit Gedanken zur Bedeutung des christlichen Glaubens für Gesellschaft und Politik. Der Bundestagsabgeordnete Johannes Volkmann, der aufgrund der Sitzungswoche in Berlin verhindert war, übermittelte eine schriftliche Grußbotschaft.

Im Mittelpunkt des Abends standen Religionsfreiheit, Menschenwürde und die Verantwortung gegenüber Menschen, die wegen ihres Glaubens unter Druck geraten. Dabei wurde deutlich: Christliche Verantwortung beginnt nicht erst auf internationaler Ebene, sondern auch im Alltag vor Ort – in Schulen, Gemeinden, Vereinen und im gesellschaftlichen Engagement.

„Als Christen können und dürfen uns solche Fragen nicht gleichgültig sein“, betonte Emrich. Es gelte, nicht wegzusehen, wenn Menschen Leid zugefügt werde, sondern verfolgte Glaubensgeschwister zu unterstützen und insbesondere im Gebet an ihrer Seite zu stehen.

Der EAK Lahn-Dill freut sich, in Zukunft weiter auf solche Themen aufmerksam zu machen und in den Dialog zu treten



v.lks.: Frank Steinraths, Mahin Mousapour, Jannes Emrich

Seit 1986 in Wetzlar! Das Haus für moderne, erlesene Nomaden- und Orientteppiche.
Waschen & Reparatur in eigener Fachwerkstatt
Kostenlose Anlieferung und Abholung!
Orientteppiche NAJAFI
Langgasse 54 · 35576 Wetzlar · Parkplatz Haarplatz in der Nähe
Telefon 06441 45895 · Mobil 01 57 72 43 63 59 · www.orientteppich-najafi.de
Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 9.30 – 18.00 Uhr · Samstag 9.30 – 15.00 Uhr

Politischer Stammtisch der Senioren Union Lahn-Dill-Süd im November

(W.S.) Die Senioren-Union Lahn-Dill-Süd lädt die Mitglieder und alle politisch interessierten Bürger **am Montag, den 16.11.** um **16 Uhr** ins „Bw-Zentrum“ (ehemals Dorfkrug), Elisabethenstr. 45, WZ-Niedergirmes ein.

Zu Gast wird Harald Griese vom **WEISSE RING in Wetzlar** sein. Der WEISSE RING ist eine gemeinnützige Hilfsorganisation, die für die Unterstützung und den Schutz von Opfer von Kriminalität und deren Angehörigen zuständig ist. Er wird in seinem Vortrag besonders auf die Kriminalitätsprävention bei älteren Menschen eingehen (z.B. Enkeltrick). Gäste sind willkommen.

28.11. ab 9.30 Uhr

Christstollenverkauf auf dem Eisenmarkt in Wetzlar

Zum 29. Mal in Folge findet der traditionelle Christstollenverkauf statt. In diesem Jahr stellen sich der heimische Landtagsabgeordnete Frank Steinraths, Landrat Carsten Braun, der Kreisvorsitzende Johannes Volkmann, MdB und die **Bäckerei Eckhardt aus Wetzlar** in den Dienst der guten Sache: Am **Samstag, den 28.11. ab 9:30 Uhr** - solange der Vorrat reicht - auf dem „Eisenmarkt“ in Wetzlar. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, mit dem diesjährigen Verkaufserlös die Tafel in Wetzlar zu unterstützen.

Hundestaffel überzeugt die Senioren

Senioren Union Lahn-Dill Süd besucht Polizei

(wh). Einen Informationsbesuch stattete die Senioren Union Lahn-Dill Süd der Polizeidirektion Wetzlar ab. Auf großes Interesse stieß die Hundestaffel, die in Wetzlar stationiert ist. Eine kurze Gehorsamsprüfung zeigte, was Polizeihunde alles „drauf“ haben müssen. Eingesetzt werden – meist Deutsche Schäferhunde – zur Suche nach Drogen, Bankkarten und sonstigen Spuren. Spielerisch werden die Hunde an ihre Aufgabe herangeführt.

Interessant war für die Teilnehmer der Blick in die Arrestzellen im Keller. Nicht glauben konnten die Senioren, dass es Menschen gibt, die mit bloßen Händen ohne Werkzeug Fliesen aus der Wand herausreißen können. Den Abschluss der Besichtigungstour bildete ein Blick in die Leitstelle, in der alle Anrufe der Polizei in Wetzlar auflaufen.

Die Senioren Union Lahn-Dill Süd organisiert regelmäßig Stammtische und führt Informationsbesuche bei Firmen und Organisationen durch.

Aßlar

Partnerstädte feiern in Fossato di Vico

(H.K.) Vor genau 25 Jahren schlossen die französische Partnerstadt St. Ambroix und die italienische Stadt Fossato di Vico eine Städtepartnerschaft ab. Ein schöner Anlass nach Umbrien einzuladen, um neben dem 25-jährigen Bestehen der Verbindung zu St. Ambroix auch die 7-jährige Partnerschaft mit Aßlar zu feiern. Und tatsächlich waren auch Vertreter aus Aßlars Partnerstadt Jüterbog und dem Dörfchen Vadena in Südtirol angereist, zu dem Fossato eine enge Verbindung aufgebaut hat.



Bürgermeister Lorenzo Polidori, Stadträtin Rosa Califano- Schlier, Hilde Kaps, Anna Burzacca

Die Verantwortlichen von Fossato, Bürgermeister Lorenz Polidori, sowie Anna Burzacca und Guiseppe Monacelli hatten ein interessantes Programm mit der Besichtigung von zwei ortsansässigen Betrieben sowie dem Besuch des vom Erdbeben zerstörten und inzwischen wieder aufgebauten Dorfes Nocera Umbra und der geschichtsträchtigen Stadt Gubbio zusammengestellt.

Höhepunkt war die offizielle Feier zum Bestehen der 25-jährigen Städtepartnerschaft zwischen Fossato di Vico und St. Ambroix und der 7-jährigen Partnerschaft zwischen Fossato di Vico und Aßlar. Bürgermeister Lorenzo Polidori und die Aßlarer Stadträtin, Rosa Califano-Schlier (CDU), unterzeichneten die Urkunden zur Erneuerung der Freundschaft.

In der Feierstunde wurde die Ehrenbürgerin der beiden Partnerstädte Fossato di Vico und St. Ambroix, Hilde Kaps, für ihr lebenslanges Engagement für die Partnerschaft gewürdigt.

Beeindruckend war das tatkräftige Schaffen der Einwohner dieser kleinen Kommune: waren doch alle Gäste fünf Tage lang zum gemeinsamen Essen eingeladen, das von tatkräftigen Frauen zubereitet worden war. Ein tolles Ersparnis für Stadtkasse und ein Miteinander mit vertrauten Gesprächen und Liedern.

Die erlebnisreichen Tage schlossen mit einem beeindruckenden Konzert in der Chesa di San Pietro.


Rosa Califano-Schlier (Asslar) Bürgermeister Lorenzo Polidori (Fossato)

Impressum

Wetzlar Kurier

Zeitung für Politik,Wirtschaft und Kultur

Herausgeber u. verantwortlich für den Inhalt aller Textbeiträge ohne Kürzel:
Hans-Jürgen Irmer

Anschrift der Redaktion:
Blankenfeld 47
35578 Wetzlar

Telefon: 0 64 41 / 9 71 70
Fax: 0 64 41 / 7 66 12

E-Mail: **info@wetzlar-kurier.de**
Internet: **www.wetzlar-kurier.de**

Erscheinungsweise:
monatlich
Auflage:
110.000 Exemplare
Druck:
in der Europäischen Union
Technische Realisierung:
Computer-Studio W. Weichel
Anzeigen:
Hans-Jürgen Irmer

Diese Zeitung wird durch Anzeigen finanziert.

Bürgersprechstunde des MdL Frank Steinraths

(red). Die Bürgersprechstunde des CDU-Landtagsabgeordneten Frank Steinraths findet am **Montag, 16.11 von 14.30 bis 16.30 Uhr** in der Geschäftsstelle des CDU-Kreisverbandes Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Straße 24 in Wetzlar oder **telefonisch unter 06441-4490330 statt.**


Frank Steinraths, MdL

Jedermann ist herzlich eingeladen. Voranmeldung ist nicht erforderlich.













OBI
Alles machbar.

„AUS DEM BAUMARKT?"

Glaubt dir keiner!
Geplant im OBI Küchenstudio.



bis 30.11.
15%*
auf deine Küche.
nur mit heyOBI auf deine frei geplante Küche.

Jetzt kostenlosen Planungstermin buchen!

OBI Wetzlar
OBI Haiger

* Nur für registrierte heyOBI Kunden. Gültig nur im OBI Markt Wetzlar, Dillfeld 21, 35576 Wetzlar und im OBI Markt Haiger, Lohwiese 1, 35708 Haiger beim Kauf einer frei geplanten Küche im Wert ab 4.000 €. Download und Registrierung in der heyOBI App sind zwingend erforderlich. Zum Erhalt des Rabatts die in der heyOBI App hinterlegte Kundenkarte von deinem Küchenplaner bei Auftragsabschluss scannen lassen. Der Rabatt wird bei Rechnungsstellung mit ausgewiesen. Nicht mit anderen Rabattaktionen, heyOBI Vorteilen und Coupons kombinierbar. Weitere Informationen unter obi.de/kuechenplaner.